

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen: (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Postgeb.

Redaktion: Langhans Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Bewerbstexten, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Langhans Str. 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Um die Redefreiheit.

Leipzig, 6. März.

Aus der Zolltarifkommission wird uns geschrieben:

Die brutal-agrarische Geschäftsleitung des Vorsitzenden tief in der gestrigen Sitzung der Zollkommission wiederum turbulente Szenen hervor. Dem Mecklenburger Rettich scheint die Geschäftsordnung des Reichstags, sowie der parlamentarische Mißbrauch des Hauses „Luft und Schnuppe“ zu sein, um im Tone seines Vorgesetzten, des Herrn v. Wangenheim, zu reden. Gegen den klaren Wortlaut des § 44 der Geschäftsordnung erteilte er dem Abg. Stadthagen vor der Abstimmung über einen Schlußantrag nicht das begehrte Wort und entsagte damit natürlich eine Geschäftsordnungsdebatte, die mit dem Beschlusse endete, den Vorsitzenden zum Präsidenten des Hauses, Graf Ballestrem, zu schicken und diesen um seine Zusage zu einer Erörterung der Angelegenheit im Plenum zu bitten.

Damit war einstweilen der Sturm beschworen, der Vorsitzende trat ab, sein Stellvertreter übernahm die Leitung und die Beratung ging ohne Zwischenfall vorwärts.

Eine Stunde darauf erstattete der Vorsitzende Rettich Bericht über seine Unterredung mit dem Präsidenten. Aber in diesem Bericht war kein Wort darüber enthalten, ob und was der Präsident über die drei aufgeworfenen streitigen Fragen gesagt habe, die folgendermaßen lauten:

1. Sind Schlußanträge in der Kommission zulässig?
2. Muß einem Mitglied der Kommission, wenn es vor der Abstimmung über einen Antrag auf Schluß der Debatte das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, dieses erteilt werden?
3. Muß Antragstellern das Wort zur Begründung ihres Antrags erteilt werden?

Von der Meinung des Präsidenten über diese Fragen berichtet der Vorsitzende kein Wort, obgleich zweifellos über diese Fragen zwischen den beiden Herren diskutiert worden war. Dagegen berichtete Rettich, der Präsident habe es abgelehnt, die Angelegenheit selbst im Plenum zur Sprache zu bringen oder dem Abg. Rettich zum Vortrag derselben im Plenum das Wort zu erteilen, er werde höchstens einen schriftlichen Bericht der Kommission über diese Sache auf die nächste Tagesordnung setzen. Im übrigen stelle es der Präsident der Kommission anheim, sich eine geschriebene Geschäftsordnung, die den Gebräuchen im Hause nicht entgegenstehe, zu geben.

Aus diesem Bericht ist un schwer zu erkennen, daß der „Galoppin des Bundes der Landwirte“, wie Müller-Sagan den edlen Mecklenburger getauft hat, beim Präsidenten eine Abfuhr erlitten hat, die seine Freunde veranlaßte, um

Friedensschluß bei den Sozialdemokraten der Kommission nachzusuchen. Diese gingen auf die Präliminarien der freien Vereinbarung ein, und so wurden denn später von allen Seiten — vorbehaltlich der principiellen Stellung jeder Partei zu den einzelnen Fragen — oben gestellte drei Fragen bejaht, obgleich Stadthagen principiell die erste verneint hatte. Dieser Ausgang der Kämpfe um die Geschäftsordnung desavouiert die Geschäftsführung Rettichs, und er mußte eigentlich seinem Vorgänger, dem Kardorff, nachfolgen. Desto geschickter hat sich Graf Ballestrem gezeigt. Er hat es vermieden, sich persönlich in der Streitfrage zu engagieren und — was vielleicht das Wichtigste — er verhinderte eine Erörterung der skandalösen Geschäftsführung des konservativen Kommissionsvorsitzenden vor der Öffentlichkeit, die unzweifelhaft den agrarischen Terrorismus verurteilt. Er leistete damit auch dem Centrum einen Dienst, das in der Kommission mit der Junkerpartei gemeinsame Sache macht. Die Abgg. Heim und Herold stellten schon mehrfach Schlußanträge.

Hätten die Agrarier nicht nachgegeben, so würde die Opposition den Kampf um die Redefreiheit unbeitri fortgesetzt haben, denn diese ist, wie Stadthagen richtig bemerkte, die Grundlage des Parlamentarismus, an der nicht gerüttelt werden darf.

Den wunderlichsten Abschluß gab aber Graf Posadowsky der Affaire, der die friedliche Stimmung benützte, um der Opposition ins Herz zu reden und sie zu beschwören, doch dem Zolltarif, seinem Schmerzenskinde, keine unerbitliche Feindschaft entgegenzusetzen, denn sie, die Opposition, sei ja für den Abschluß von Handelsverträgen und der werde ja durch den Zolltarif gefördert. Aber diese bewegliche Predigt fand in der erzöbsten Kommission — außer bei den regierungsfremden Nationalliberalen — keine warmherzige Aufnahme, vielmehr stellte die Linke und die Rechte ihre Vorbehalte. Und was Posadowskys Schilderung über die principiellen und handelspolitische Bedeutung des Zolltarifs anlangt, — so wird sie wohl bei Freund und Feind, im Inlande und im Auslande auch ohne diese sentimentale Schilderung richtig gewürdigt werden. Der Friedensschluß über die Geschäftsführung erhielt durch diesen schlauen Versuch, eine gütigere Stimmung für den Zolltarif herauszuschlagen, einen noch lustigeren Anstrich, als durch den Rückzug der agrarischen Redemörder.

Schließlich wird man darauf kommen müssen, daß es nur ein Mittel gibt, den lästigen Reden der sozialdemokratischen Opposition ein Ende zu machen. Es ist billig, hilft sicher und ist nur für wenige Leute schmerzhaft. Dieses Mittel ist — um es den Leuten zu sagen, die es nicht schon erraten haben — die Zurückziehung der Tarifvorlage.

## Politische Uebersicht.

Die Sparsamen.

Die Budgetkommission des Reichstags hat am Mittwoch den Reichshaushaltsetat für 1902 erledigt.

Die Vorlage der Regierung war uns in offiziellen Blättern als die Quintessenz aller vorsorglichen Sparsamkeit geschildert worden. Man hätte also denken dürfen, daß eine Budgetkommission, die zur Regierung in keinem grundsätzlichen Gegensatz steht und von der Notwendigkeit des Militarismus dieselbe Auffassung hat wie jene, an dem Werke des Reichschatzamtes nichts mehr zu bessern gefunden hätte. In Wirklichkeit aber hat die Budgetkommission bewiesen, daß die äußerste Grenze der Sparsamkeit noch lange nicht erreicht ist. Sie hat den Betrag der im Regierungsentwurf vorgesehenen ordentlichen Anleihe um 35 Millionen ermäßigt und die ebenfalls 35 Millionen betragende Zuschußanleihe gänzlich gestrichen, so daß der Etat für 1902 nicht, wie die Regierung wollte, mit einem Anleihebedarf von 182 Millionen, sondern nur mit einem solchen von 112 Millionen abschließt.

Erstlich einmal hat die Budgetkommission die Verwendung eines Restbetrags aus der China-Anleihe von 38 Millionen beschaffen, dann aber hat sie auch die Ausgaben um 23 1/2 Mill. ermäßigt. Schließlich hat sie gestern beschlossen, die von den Einzelstaaten zu leistenden Matricularbeiträge um 12 1/2 Millionen Markt zu erhöhen.

Die Fragen der Verwendung der China-Anleihe und der Erhöhung der Matricularbeiträge sind mehr finanzrechtlicher und formaler Natur. Die Regierung wollte die Zukunft belasten, um die Gegenwart zu entlasten. Das ist ein bedenkliches und unverlässliches System. Die Nerven der einzelstaatlichen Finanzminister sind sehr gereizt; man möchte sie gerne schonen. Aber man darf diese Schonung nicht dadurch erreichen, daß man das, was man nicht hat und den Einzelstaaten nicht nehmen will, einfach pumpt. Das ist sehr bequem für den Augenblick, aber sehr bedenklich für die Zukunft. In diesem Sinne bedeutet der Beschluß der Kommission einen sehr ersten und eindringlichen Verweis an die Adresse der Reichsregierung.

Noch auffälliger ist der Gegensatz zwischen Regierung und Kommission auf dem Gebiete der Ausgaben. Hier sind 23 1/2 Millionen gestrichen worden. Es wurden gestrichen 4114000 Mk., die für Festungsbauten, 3 1/2 Mill. Markt, die für andere militärische Bauten verwendet werden sollen. Bei den Beschaffungen für die Infanterie wurden zwei Millionen abgesetzt. Um 648000 Mk. wurden die fort dauernden Ausgaben des Militäretats ermäßigt. Es wurden weiter abgesetzt 6 1/2 Millionen von dem für die Expedition nach Ostafrika geforderten Betrage. 4 1/2 Millionen sparte man an der Marine. Der Reichszuschuß für Ostafrika wurde um 1150000 Mk. herabgesetzt.

Wie man bemerkt, betreffen alle diese wesentlichen Herabsetzungen militärische, marine- und kolonialpolitische Forderungen. Eine deutlichere Illustration zu der Sparsamkeit der Reichsregierung konnte von einer in ihrer Mehrheit bürgerlichen, militär-, marine- und kolonialfreundlichen Kommission kaum geliefert werden.

## Seniileton.

Manchmal verboten.

### Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Frau Lassen stöhnte.

„Haben Sie je so etwas gehört!“ sagte sie. „Da liegt der alte todfranke Mann auf seinem Lager und hecht sich solche Bosheiten aus! Mein Gott, die Armen sind nun einmal arm, und wenn man sie von seinem Ueberfluß bedenkt, so ist das hübsch und verständig! Aber Knapsted, Frau Heilbunth! Knapsted! Nun bitte ich Sie? Sechzigtausend Kronen, sagt Lassen! Diesem Satan, der nichts weiter gethan hat, als ihn bei lebendigem Leibe quälen! Wenn man rechtmäßige Erben hat! Die reizendsten Menschen, versichere ich Sie! Die Kinder meines leiblichen Bruders! Nein, Recht muß Recht bleiben! Zwei von ihnen waren bei Lassen und haben geweint; nach dem Begräbnis! Sie hatten sich natürlich gehacht — Wer konnte sich auch was anderes denken? So ein Vermögen! Aber so ist Mörch immer gewesen, habe ich zu ihnen gesagt, man wußte nie, wie man mit ihm dran war! Aber, sage ich, Gott im Himmel wird es schon rächen! Krösten Sie sich nur, sagte ich, es giebt doch noch Gerechtigkeit im Weltentraum!“

Und wie Frau Lassen sprach, so sprachen sie alle. Auf den Straßen, in den Läden, in den Comptoirs, in den Wohnstuben! Die Empörung war groß und allgemein.

Man hatte eine Empfindung, als sei man selber um eine Erbschaft betrogen worden! Und alle, die ältere, wohlhabende Verwandte hatten, verdoppelten diesen gegenüber ihre Bärtlichkeit. Tante Jane und Onkel Siegfried wurden mit Briefen und Einladungen überschüttet. Und vier Kinder hatte, sandte sie mit den entzückendsten Kleinen Körben voll Kuchen und Obst zu ihnen. Oder, wenn die lieben Angehörigen an entfernteren Orten wohnten, ließ man die Kinder photographieren und sandte ihnen die Bilder mit der Unterschrift: Der lieben Tante Jane von ihrem Karlchen! oder: Dem guten Onkel Siegfried von seiner kleinen Else!

Kurz, es war, als wenn Konsul Mörchs Testament die schlummernden verwandtschaftlichen Gefühle geweckt und die zerstreuten Familienherzen enger aneinander geknüpft hätte.

Heute abend aber fand eine Abendunterhaltung mit nachfolgendem Tanz im Bürgerverein statt. Es war dies die größte und feinste offizielle Festlichkeit des Städtchens. Sie wurde jedes Jahr im Februar abgehalten. Und es gab Damen, die schon im November über ihre Toiletten nachdachten.

Im Theatersaal der „Stadt Gammelkjöbing“ war die große Gasflamme angezündet, und an den Seiten der sechs vergoldeten Pfeilerpiegel strahlten die Kandelaber. Kopf an Kopf in dichten Reihen sah das Publikum da; die Herren im Frack und weißer Binde, die Damen und jungen Mädchen in den unglaublichsten Toiletten.

Es herrschte eine fast andachtvolle Stille im Raum. Man wagte kaum zu atmen, so gespannt war man. Einige junge Mädchen preßten sogar die Hände aufs Herz, und auf ihren Wangen brannte rote Kieberglut.

Und rings umher in den Ecken stand der Vorstand und genoß seinen Triumph!

Es war ja nämlich schließlich gelungen, den berühmten Schriftsteller und Deklamator Henri de Madsen (einen teuren Schüler eines noch berühmteren Schriftstellers und Deklamators, der „Schule gemacht“ hatte) zu bewegen, den Bürgerverein mit seinem Besuch zu beschreiben. Und was noch wichtiger war: er war wirklich gekommen! Man hatte ihn sicher innerhalb der vier Hände des Hotels! —

Von dem befrachten und weißhandschuhten Vorsitzenden des Vereins war er in einem Landauer vom Bahnhof abgeholt worden, und jetzt lag er im „Künstlerzimmer“ auf einer Chaiselongue und ließ sich eine Morphiumeinsprühung machen.

Im Saal fing man an, unruhig zu werden. „Ich finde, es wird nachgerade Zeit!“ flüsterte die Bürgermeisterin Rejerfen dem Vorstandsmittalied Justizrat Schmalberg zu.

„Ja,“ gab der Justizrat gleichfalls in flüsterndem Ton zurück. „Frau Bürgermeisterin,“ flüsterte er, — „der Arzt ist bei ihm!“

„Der Arzt ist bei ihm! der Arzt ist bei ihm!“ rief es wie ein Brausen von Gänseflügeln über die Versammlung hin.

„Er ist ja so schwach,“ sagte Frau Lassen zu Frau Heilbunth. „Man sagt, er lebt ausschließlich von Champagner und Kaviar!“

Die jungen Mädchen erbehten schauernd. Noch niemals hatten sie etwas so Interessantes gehört.

„Und dann trägt er seidenes Unterzeu!“ erzählte die eine.

„Und Spitzenmanschetten!“ sagte eine zweite.



Wer aber bestreuen glauben sollte, der Bürger des deutschen Reichs könne ruhig schlafen, da ja die Budgetkommission für möglichste Sparbarkeit Sorge, befindet sich sehr gewaltig im Irrtum. Der gegenwärtige Zustand ist vielmehr sehr gefährlich. Eine Regierung, die, wie die unsere, mit ihren Vorlagen nicht steht und fällt, sondern ruhig mit sich handeln läßt, hat ein sehr einfaches Mittel schließlich dennoch, das zu bekommen, was sie will. Sie wird einfach ausschlagen und Forderungen aufstellen, an deren unbedingte Notwendigkeit sie selbst nicht glaubt. Indem die Budgetkommission diese Forderungen nicht anerkennt, erwirbt sie sich den billigen Ruhm, gepart zu haben, und die Regierung denkt sehr vergnügt: Es geht auch so. Eine Budgetierung aber, die zwischen Regierung und Reichstag zum Schachernobjekt wird, ist weder korrekt noch gesund.

**Deutsches Reich.**  
**Parlamentarische.**

Aus dem Reichstage.

**B. Berlin, 5. März.** Der Reichstag beendigte heute die zweite Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes und trat dann in die Beratung des Kolonial- etats ein. Große und bedeutsame Neben wurden nicht gehalten, dafür aber kam es zu zwei namentlichen Abstimmungen, die einer parlamentarischen Verhandlung immer ein willkommenes Moment der Spannung und Lebhaftigkeit geben. Aus beiden Abstimmungen ging das Haus beschlußfähig hervor; einmal waren 217, das andere Mal 218 Abgeordnete anwesend. Durch lautes „Bravo!“ glaubten einige Herren den Reichstag für so viel Tugendhaftigkeit belohnen zu müssen.

Beim Etat des Auswärtigen zog sich die Diskussion über die 30 000 Mk., die die Kolonialgesellschaft zur Errichtung einer Auswanderer-Auskunftsstelle erhalten soll, noch ziemlich lange hin. Im Centrum gab es dabei eine scharfe Spaltung; die Wgg. Dr. Heim und Dabach waren die Separationisten, die entgegen der Parteiparole die Summe verweigerten. Schließlich wurde die Position, dem Antrag der Budgetkommission entsprechend, als einmalige Ausgabe bewilligt.

Weiterhin wurde die Forderung von 1 278 000 Mk. als der ersten Rate für den Ankauf eines Grundstücks an der Wilhelm- und Mauerstraße zu Berlin von Bebel und dem Abg. Müller-Sagan scharf bekämpft. Das auf diesem Grundstück stehende Gebäude soll der jetzigen Besitzerin, der Prinzessin Luise von Hohenzollern, für den Gesamtpreis von 2 1/2 Millionen Mark abgekauft werden, um als Dienstgebäude der Kolonial-Centralverwaltung zu dienen. Bebel wies darauf hin, daß dieser Preis viel zu teuer und außerdem das Gebäude ungeeignet sei. Dennoch genehmigte das Haus mit 126 gegen 91 Stimmen in namentlicher Abstimmung den Ankauf.

Darauf agierte Abg. Dr. Arendt ein burleskes Prüchenspiel, dessen Thema seine im Jahre 1894 erhobenen Anschuldigungen gegen den früheren Kolonialdirektor Dr. Kasper waren. Die Art, wie Herr Arendt sich gegen die sächsische Zeitung in immer größere Wut hineinredete, entbehrte nicht einer drastischen Komik.

Wichtiger war die folgende Debatte über die von der Regierung gewünschte Fortsetzung der Usambarahahn von Korogwe bis Momo. Die Regierung wollte 1 550 000 Mark dafür haben, die Kommission hatte die Forderung ganz gestrichen. Dr. Arendt suchte dem Plenum die Sache schmackhaft zu machen, indem er nur 950 000 Mk. zu bewilligen beantragte. Es war vergebliche Liebesmüh, trotzdem Staatssekretär v. Richthofen, Kolonialdirektor Dr. Stübgen und die beiden antisemitischen Waffenbrüder Werner und Bindewald sich für den Antrag Arendt ins Zeug legten. Dies Eintreten der beiden Judenhaser für den jüdischen Reichsparteiler legte jedenfalls ein glänzendes Zeugnis für die Aufopferungsfähigkeit ihres Kolonialenthusiasmus ab. Vom Abg. Richter wurde die Fortsetzung der Bahn mit guten Gründen bekämpft. In namentlicher Abstimmung fiel dann der Antrag Arendt mit 120 gegen 98 Stimmen. Die Regierungsvorlage war schon vorher abgelehnt worden. Es ist also vorläufig nichts mit der Weiterführung dieser unrentablen „Kaffeebahn“ zu den Schneefeldern des Kilimandscharo hin.

Morgen: Fortsetzung des Kolonial- etats und ostafrikanische Centralbahn.

Aus dem preussischen Landtage.  
**H. Berlin, 5. März.** Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung des Kultusetats fort. Trotz der die Kultuszänkereien einleitenden gestrigen Rede des Abg. Danzenberg begann der eigentliche Kampf zwischen den Nationalliberalen und dem Centrum noch nicht; es war nur ein kleines Vorpostengefecht, in dem die Kämpfer einzelne Seitenhiebe austeilten. Die üblichen Kulturkampfreden sparten sie sich für die nächsten Tage auf.

Heute stand die preussische Volksschule im Vordergrund des Interesses. Abg. Kopsch (freis. Vp.) hatte einen Antrag eingebracht, der die Regierung auffordert, baldmöglichst eingehende Untersuchungen darüber anzustellen, ob und inwieweit die Ausführung des Lehrerbefolgungsgesetzes den Absichten des Gesetzes entspricht. Wie der Antragsteller, und nach ihm der Abg. Ernst (freis. Vg.), heides erfahrene Schulmänner, gestützt auf ein reichhaltiges Material darlegten, ist es um die Volksschule, insbesondere in den ostelbischen Gebieten, recht schlecht bestellt. Es giebt eine ganze Reihe von Orten, wo die Lehrer ein Anfangsgehalt von 660 Mk. jährlich, also 1.80 Mk. pro Tag, beziehen. Auch die Alterszulagen sind vielfach ungenügend. Trotzdem will der Minister Studt von dem freisinnigen Antrage nichts wissen, er will nur die größten Härten ausgleichen.

Dagegen zeigte sich der Minister dem Verlangen auf gesetzliche Regelung der Schulunterhaltungspflicht geneigt. Allerdings will er nur dann die Initiative dazu bieten, wenn er der Zustimmung des Hauses sicher ist. Das ist aber fraglich, da bisher die konservativ-klerikale Mehrheit von einem Specialgesetz auf diesem Gebiete nichts wissen wollte, sondern auf der Einbringung eines neuen Volksschulgesetzentwurfs auf konfessioneller Grundlage bestand. Es ist kaum anzunehmen, daß sie von dieser Forderung abgetrennt ist. Die Redner der Linken und die Freikonservativen gaben die Erklärung ab, daß sie einem etwaigen neuen Volksschulgesetzentwurf den gleichen energischen Widerstand entgegenzusetzen würden, wie dem geschicktesten Bestreben.

Da am Donnerstag die Budgetkommission tagt, fällt die Plenar- sion aus. Der Kultusetat wird erst am Freitag weiterberaten.

**Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.**

Wegen Majestätsbeleidigung ist in Hamburg ein Hausdiener zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er war obdachlos und hatte, in der Absicht verhaftet zu werden, gegenüber einem Schuhmann auf der Straße eine Majestätsbeleidigung ausgestoßen.

\* **Berlin, 6. März.** Der Seniorentenent beschäftigte sich gestern mit der Geschäftslage des Reichstags. Es wurde Uebereinstimmung darüber erzielt, daß die Osterferien am 15. d. M. beginnen und bis zum 15. April dauern sollen. Bis zum Eintritt der Ferien soll der Etat in dritter Lesung erledigt und das Gesetz zum Schutz des Genfer Neutralitätszeichens verabschiedet werden. Abg. Singer (Soz.) brachte die Pflicht des Vorsitzenden der Zolltarifkommission zur Sprache, die Zolltarifkommission eine Woche länger als das Plenum tagen und eine Woche früher als das Plenum wieder zusammenzutreten zu lassen. Wegen der früheren Beginn der Beratungen der Kommission seien Einwände nicht zu erheben. Wenn man aber in übergrößer Arbeitseifer bei der Absicht bestehen wollte, die Zolltarifkommission länger als das Plenum zusammenzubehalten, so entstände die Gefahr, daß die dritte Etatsberatung nicht bis zum 15. März sich würde erledigen lassen. Die Mitglieder der Zolltarifkommission würden dann für die dritte Märzwoche doch noch aus Plenum gebunden sein. Von anderer Seite wurde auf die Angelegenheit nicht eingegangen.

Die Nationalzeitung erzählt, Minister v. Thielen habe Verbesserungen des Rettungswesens bei Eisenbahnunfällen angeordnet, darunter die Ausrüstung von Hilfszügen mit Gerüstschiffen und Arztwagen an 75 größeren Stationen und eine Verbesserung des telephonischen Unfallmeldebedienstes.

**Der Name der Menschlichkeit und Gerechtigkeit** — wie oft er auch im Laufe der Geschichte schändlich mißbraucht worden ist — ist niemals noch so sehr geschändet worden wie durch unsere „bureaufreundliche“ reaktionäre Presse. Während ihre einzelnen Organe für den Heldennut der südafrikanischen Freiheitskämpfer nicht Worte genug des Lobes finden und über die

Häupter der britischen Soldateska die vollsten Schalen ihres Zornes schütten, bleibt ihnen noch immer Zeit genug, eine andere Freiheitsbewegung, die vom Standpunkte der Menschlichkeit und Gerechtigkeit sicher keine geringere Sympathie verdient, auf das schamhafteste zu begeßern.

Unser Leipziger Specialorgan für geschäftsmäßige Exploitation der Burenbegeisterung, die Leipziger Neuesten Nachrichten, lassen sich über die russische Studentenbewegung aus Petersburg schreiben:

... So schmerzhaft gewiß auch diesmal wieder solche Gewaltakte empfunden werden, so darf man doch in die üblichen Vorwürfe, die gewisse liberale Elemente immer und immer wieder gegen die Staatsgewalt erheben, nicht einstimmen. Die Regierung hat, wie bekannt (!) den Studenten durchaus die Hand zum Frieden geboten und sich mit ihnen über Reformen innerhalb des Universitätslebens in entgegenkommendster Weise zu besprechen geneigt erklärt. Wenn aber, wie in öffentlichen Versammlungen gesehen, nunmehr der Mantel fallen gelassen und ohne Rücksicht lauter und lauter das Thema von der Abschaffung der Selbstherrlichkeit und der Volksherrschaft angesprochen wird, so muß die ganze Frage von einem völlig andern Standpunkte angesehen werden. Es handelt sich jetzt nicht mehr um die Gewährung von studentischen Freiheiten, wie sie auf den Hochschulen des Auslandes in mehr oder minder großem Umfange bestehen, sondern um die Freiheit im Sinne der staatlichen Revolution überhaupt.

Es liegt eine revolutionäre Verlegung der Universitäten in großen Stille vor, die um so gefährlicher erscheint, als sie auch die guten und loyalen Elemente mit fortzieht und die überzeugten Gegner zwingt, wenigstens mit unter den Maßnahmen der Regierung, wie die Schließung der Universitäten, zu stehen. Daß die Regierung bei der Suche nach den Urhebern der Bewegung ausländerische, insbesondere auch jüdische Elemente scharf ins Auge faßt, kann man ihr nicht verdenken. Man braucht nur regelmäßiger Besucher des Neuen Theaters der Schauspielerin Frau Janowska zu sein, der Gattin des ultraliberalen, einstigen Herausgebers des unterdrückten Nordischen Kuriers, Fürsten Barlański, um in der Zusammenfassung des Stammpublikums dieser Tendenzbühne scharfster Art Beobachtungen in dieser Richtung machen zu können. Die Ideale der vorführenden Kreise der russischen Studenten sind jedenfalls denen der gegenwärtigen Staatsordnung Russlands direkt entgegengekehrt. Daß ihre gewalttätige Geltendmachung einen ebenso gewalttätigen Gegenbruch zur Folge hat, kann nicht Wunder nehmen. Und die geradezu sinnliche, unreflexe Art, in der die Studenten wie aufgefällige Schüler demonstrieren und in der sie, ohne Verständnis von dem Wesen und der Entwicklung des russischen Staates, dem Gange der Zeit in velleicht gänzlich verkehrter Richtung vorgehen wollen, läßt die Stärke dieses Gegendrucks nur um so gerechtfertigter erscheinen.

So das Organ, das für Freiheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit in — Südafrika so abentheuerlich eintritt. Die russische Despotie schleppt deutsche Staatsangehörige — auch Frauen — in ihre Kerker, läßt Leute, die auf der Straße ein Hoch der Freiheit rufen, zu Tode peitschen — das Organ für Freiheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit findet die Stärke dieses Gegendrucks gerechtfertigt. Der Ekel würgt einen im Halbe....!

Die Budgetkommission des Reichstags hielt gestern ebenfalls die letzte Sitzung vor den Osterferien ab. Sie beschäftigte sich mit der allgemeinen Finanzierung des Etats. Vom Referenten, Abg. Speck (Centr.), waren zwei Anträge gestellt. Der erste bezog sich auf die Finanzierung der Expedition nach Ostasien. Als Einnahme ist darin die erste Ratenrate der Entschädigung von China in Höhe von 10 998 000 Mk. aufgeführt, außerdem Verkaufserlöse von Deutsches fischen 10 000 Mk. und als erste Tilgungsrate der Entschädigung von China 516 824 Mk. Aus noch offenstehenden Krediten der Jahre 1900 und 1901, die für die Expedition nach Ostasien bewilligt, aber nicht verausgabt sind, sind 32 788 000 Mk. vorhanden. Die Kommission stimmte dem Antrag des Referenten einstimmig zu, die Summe von 10 998 000 Mk. als Einnahmen, die Summen von 506 824 Mk. und 32 788 000 Mk. als außerordentliche Deckungsmittel in den Etat einzustellen.

Zum zweiten beantragte der Referent die im Etat vorgesehene Zuschußanleihe von 35 000 000 Mk. zu streichen. Diesem Antrag auf Streichung wurde nach längerer Diskussion von der Kommission mit 17 gegen 11 Stimmen Folge gegeben.

Damit war die Vorbereitung des Reichshaushaltsetats von der Budgetkommission erledigt.

Ueber den Abschluß der Beratungen sprechen wir an anderer Stelle.  
+ Die Petitionskommission des Reichstages beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung am Mittwoch u. a. mit einer Petition des Vereins Münchener Reformerinnen, welche eine gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Reformerinnen beantragte. Die Petition fordert 1. nach beendeter Tagesarbeit eine Ruhezeit von mindestens 10 Stunden; 2. obligatorischen Fortbildungsschulunterricht für jugendliche Reformerinnen; 3. Reformerinnen unter 18 Jahren sollen überhaupt nicht, solche im Alter von 16 bis 18 Jahren in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht beschäftigt werden dürfen; 4. Ausnahmen von der gesetzlichen Ruhezeit sollen höchstens an 30 Tagen im Jahre zulässig sein; 5. gesetzliche Bestimmungen, wonach Schankwirtschaften mit weiß

„Und goldene Armbänder!“ flüsterte eine dritte.  
„Und einen Diamantring durch die Nase!“ murmelte der Böhmer, der sich ebenfalls eingestellt hatte, „und Amethyste an den Beßen!“

Die Thür im Hintergrunde des Saales wurde leise geöffnet. Aber sie narzte in ihren Hängen, und das ganze Publikum drehte die Köpfe um.

„Nun bitte ich Sie, Frau Heilbunt! Die Familie Thomßen!“

Und wirklich! Da war Manuel mit seiner Mutter und Wulfdine. Sie schlichen leise herein und setzten sich bescheiden in eine der hintersten Reihen.

„Aber Herr Justizrat!“ fragte die Bürgermeisterei ganz entsetzt. „Diese Menschen!“

Der Justizrat zuckte beklagend die Achseln:

„Er hat sich gezeichnet und den Beitrag bezahlt. Wir konnten nichts dagegen machen! Und außerdem haben Oberlehrer Clausen und Volkonskontrollleur Knabsted seine Annahme empfohlen. — — — Aber jetzt fängt es an!“

Der Vorhang der winzig kleinen Bühne ging auf. Alle Gesichter drehten sich blitschnell wieder herum. Und ein Stöhnen der Erwartung ging durch den Saal.

Es war die Salondécoration des Theaters. Die mit den Flügelthüren. Im Vordergrund stand ein vierbeiniger Mahagonitisch mit einer Wasserflasche (dunkelblau) und einem Glas (hochrot). An der linken Seite des Tisches eine Chaiselongue, an der rechten ein amerikanischer Schaukelstuhl.

„Ah!“ sagte ein junges Mädchen und kniff ihre Nachbarin kräftig in den Arm, „da ist er!“

Die Flügelthür wurde lautlos ein ganz klein wenig geöffnet, und durch die also entstandene Ritze wand sich Henri de Madsen.

Berschämt und bescheiden schlich er auf den Behen-spien bis an die Lampenreihe, und verlegen mit seinem linken Ohrzipfel spielend, verneigte er sich.

Eine donnernde Beifallsstolze begrüßte ihn. Die Stadt quittierte für den Ruhm.

Der Dichter aber stand jetzt scheinbar ganz unberührt da, lehnte sich mit dem Rücken gegen den Mahagonitisch und starrte mit einem unergründlichen Blick über das Publikum hin. Das eine Bein hatte er über das andere geworfen, so daß man den mit einer Rosette verzierten Lackschuh und die roten seidenen Strümpfe sah. In der Rechten hielt er ein paar hellgrüne Glacéhandschuhe, und in der Linken einen eigelben Rollstock, von denen, die sich auf- und zuklappen lassen, so wie sie die Zimmerleute und Maurer gebrauchen. Sein rotblondes Haar fiel ihm glatt in die Stirn. Sein Gesicht war länglich mit leidendem Ausdruck, und die Iris seiner Augen hatte die Farbe des Absinth.

„Meine Damen und Herren — —“ begann er mit eigentümlich schnarrender Stimme, während er mit seinen Armbändern hinter den Manschetten rasselte — „Meine Damen und Herren — —“ ehe er aber noch den Satz beendet hatte, fing er plötzlich kokett an, den Umkreis der Tischplatte mit dem Rollstock auszumessen. Dann lachte er forciert, stellte sich wieder auf, zupfte sich ein paar mal am Ohrzipfel, legte den Kopf auf die Seite und sagte:

„Meine Damen und Herren! Ich soll die Ehre haben, Ihnen mein reimloses Gedicht: „Die Waackspinne“ vorzutragen!“

Worauf er seine hellgrünen Handschuhe oben auf das hochrote Wasserglas legte, das er dann über den Hals der dunkelblauen Wasserflasche stürzte. Er konnte

nicht deklamieren, wenn diese drei Farben nicht in dieser Reihenfolge zusammengestellt waren. Nun räusperte er sich, maß ein paar von seinen langen Fingern mit dem Rollstock und begann:

„Man sagt,  
In des Urwalbes Tiefe  
Wo die Sonne nicht scheint,  
Wo der Wind nicht weht —  
Hinter den dunklen Blättern,  
Sagt man,  
Dort lebet  
Ein Tier,  
Graußig wie das Schicksal,  
Graußiger selbst  
Als die Hyäne,  
Die leise sich schleicht  
Hin  
Durch des Kirchhofs tausendtes Graß  
Und lebet  
Die Pfoten  
Langsam,  
Eine nach der andern  
Empor — — —  
Ach, man thut dem Tier unrecht!“

Das Publikum saß atemlos vor Erregung da. Nie hatte man etwas ähnliches gehört! Kein Wunder, daß Henri de Madsens Ruf durch das ganze Land ging! Er deklamirte nicht nur mit dem Munde, sondern auch mit den Augen, den Ohren, der Hand, den Armen, den Beinen und mit dem Rollstock! Keine Sekunde war seine Person in Ruhe. Bald saß er auf dem Tischrande, bald mitten auf der Tischplatte. Bald lag er hingenossen auf der Chaiselongue, bald wiegte er sich orkanmäßig im Schaukelstuhl. (Fortsetzung folgt.)



über Bestimmung der Aufsicht weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten unterstellt werden sollen. Endlich fordern die Petentinnen die Einmündigung einer zweijährigen Lehrzeit für Kellnerinnen. — Die Kommission beschloß, über die Forderung, Einführung der Lehrzeit betreffend, zur Tagesordnung überzugehen, die übrigen Wünsche der Petentinnen aber dem Reichstanzler als Material zu überweisen.

Der Magistrat und die Stadterordnetenverammlung zu Oslau (Schlesien) und einige andere Petenten petitionieren um **Abänderung des Tabaksteuergesetzes** in dem Sinne, daß das Verhältnis zwischen der Besteuerung des inländischen Tabaks und der Steuer auf ausländischen Tabak wieder 1 zu 5 betragen soll, wie es vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom Jahre 1879 der Fall war. Jetzt verhält sich die Inlandssteuer zur Auslandssteuer wie 1 zu 1,88. Die Petenten schlagen vor, entweder die Inlandssteuer zu ermäßigen, oder die Steuer auf ausländische Tabake entsprechend zu erhöhen. — Auf Antrag Zuhawers (Soz.) beschloß die Kommission, diese Petitionen der Postarbeitskommission zu überweisen.

Der Verband der Vereine deutscher Volkerebeamte, Besitzer und Pächter wünscht eine größere **Ausbeutungsfreiheit** hinsichtlich der in **Molkereien beschäftigten jugendlichen Arbeiter**. Die Arbeiterschutzbestimmungen sollen auf Molkereien keine Anwendung finden. — Die Kommission beschloß Uebergang zur Tagesordnung.

**Ein neuer Breschener Prozeß.** Gegen mehrere Breschener Bürger, die Photographen für einen Mann der Verurteilung u. a. den Mann der Verurteilung hat man eine Untersuchung wegen Anreizung zu Gewaltthätigkeiten eingeleitet. Es handelt sich um die Photographien mit der Gruppe der Verurteilten. Sie sollen aufreizend sein! Die Karten sind in Tausenden in ganz Polen in Umlauf. Man spricht in Breschen schon von dem neuen Prozeß. Der Schulspektor Winter soll wieder als Junge fungieren.

**kw. Aus Hessen, 5. März.** Bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern in der Zweiten Kammer brachte gestern Genosse Ulrich die in letzter Zeit mehrfach vorgekommenen Ungehörigkeiten verschiedener Landbürgermeister bei Gemeindevorwahlen zur Sprache, die zu Wahlkassierung geführt hätten. Bei den letzten Gemeindevorwahlen im Kreise Offenbach-Dieburg seien mußten vier — und zwar in Bürgel, Wieber, Urberach und Oberoden — durch die Kreisaußschüsse laffiert werden und in fast allen Fällen waren Verfehlungen der Bürgermeister mit dabei ausschlaggebend. Es stellte sich heraus, daß man Wahländer in die Wählerlisten aufgenommen hatte, um eventuell bei einer Niederlage der herrschenden Partei einen Annulierungsgrund zu haben. An der Hand eines Kreisaußschuburteils rückte er die bei der Wahl in Bürgel vorgenommenen Geschwidrigkeiten des dortigen Bürgermeisters, der keiner der Durchschnittsbürgermeister sei, sondern der wisse, was er thue. In solchen Fällen seien disziplinarische Abmahnungen und Anfechtung der Parteien einstandenen Wahlkosten zu Lasten des Schuldigen sehr angebracht. Der Centrumsabgeordnete v. Brentano nahm ausdrücklich den angegriffenen Bürgermeister von Bürgel, ein Parteigenosse von ihm, in Schutz; dem Mann seien eben nur „Zurücker“ unterlaufen. Die Forderung der Ertragung der Kosten durch den Schuldigen sei ganz ungeheuerlich. Der sozialistische Abgeordnete Weidner fand gleich Ulrich das Vorgehen des Bürgeler Bürgermeisters als ein solches, das die härteste Mißge verdienen. Die Regierung möge unnahezu bei allen Wahlunregelmäßigkeiten einschreiten.

**Kleine politische Nachrichten.** Die Reise des Präsidenten **Wendt nach Ruhland** wird nunmehr als bestimmte Thatsache angekündigt. In diesem Augenblick ist die Ankündigung nur ein ganz gewöhnliches Wahlmandat, darauf berechnet, die Russifizierung des russischen Kleinbürgers und Kleinbauern für das Kabinett zu verwenden. Die Wahlen werden vermutlich Anfang Mai erledigt sein; die Reise soll auf den 15. Mai angelegt werden.

**Stallen.**

**Zur Eisenbahnerbewegung. — Die Ministerliste.**

ao. Die Regierung dürfte mit ihren Maßnahmen gegenüber den Eisenbahnern recht wenig zufrieden sein. Aus allen Teilen des Landes und von den verschiedensten Bevölkerungsklassen gehen Proteste ein gegen die Mobilisierung der Eisenbahnangehörigen. Von dem mobilisierten Jahrgang 1878 haben sich nur etwa 40 000 gestellt, es fehlen also noch 25 000 Mann. Der Minister meint, daß vielleicht 20 000 von den Fehlenden einen triftigen Entschuldigungsgrund würden beibringen können, von 5000 aber könne man annehmen, daß sie sich der Mobilisation zu entziehen suchen. Gegen diese wird nach Ablauf von acht Tagen gerichtliche vorgegangen werden. Daß die Regierung selbst das Gefühl hat, daß sie in unberechtigter und parteiischer Weise in die Differenzen zwischen Eisenbahnern und den Gesellschaften eingegriffen hat, geht daraus hervor, daß sie jetzt die Führer der Eisenbahner nach Rom berufen hat. Diese unterhandeln seit zwei Tagen mit dem Ministerium und haben sich nun an ihre Genossen mit der Auforderung gewandt, die Entscheidung über den Streik bis auf den 10. März hinauszuschieben. In dem Aufruf, der von fünf der bekanntesten Führer der Eisenbahner unterzeichnet ist, worunter sich auch der Deputierte Kosri und Turati befindet, heißt es, daß die Unterhandlungen über die organische (Reglemente der Löhne, Dienstzeit etc.) schon ziemlich weit gediehen seien, daß sich aber eine eingehende Beratung nötig mache.

Der Minister des Innern, Giolitti, hat sich über die Kritik einem Zeitungskorrespondenten gegenüber dahin ausgelassen, daß das Ministerium nochmals geschlossen vor die Kammer treten werde. Erhalte es keine Mehrheit, so werde ihm nichts übrig, als zurückzutreten und einem Ministerium Sonntag Platz zu machen. Zwischen diesen zwei Möglichkeiten haben die Regierungsparteien zu wählen, es läge nun an ihnen, zu entscheiden.

**Großbritannien.**

**Die Konzentrationslager. — Der Achtstundentag für die Bergarbeiter.**

**London, 5. März.** Gestern kamen im Unterhause anlässlich des Kriegsbudgets die Konzentrationslager zur Sprache. Es wurde eine Resolution eingebracht, in der die große Sterblichkeit in den Konzentrationslagern beklagt und die Verzögerung in der Durchführung von Verbesserungen verurteilt wird. In seiner Erwiderung wies Chamberlain darauf hin, wie außerordentlich schnell die Sterblichkeit abgenommen habe, und drückte die Ueberzeugung aus, daß jede andere Politik, als die von der Regierung befolgte, eine vermehrte Sterblichkeit zur Folge gehabt haben würde. Niemand in der ganzen Weltgeschichte seien so gewaltige Anstrengungen gemacht worden, die Schrecken des Krieges auf das kleinste Maß zu beschränken. Die Kosten für die Konzentrationslager betragen 180 000 Pfund Sterling monatlich. Als der Guerillakrieg begann, habe Lord Kitchener erboten, die Frauen auf den Farmen zu belassen, sie sogar mit Lebensmitteln zu versehen, wenn Boten ihnen erlaubte, den

Neutralitätsschuld zu leisten. Boten habe dies abgelehnt, und diese Politik sei von den Buren weiter befolgt worden bis in die letzten Stadien des Krieges. Die Resolution wurde sodann mit 232 gegen 111 Stimmen abgelehnt.

Heute lehnte das Unterhaus mit 208 gegen 207 Stimmen eine Bill ab, welche für Bergarbeiter den achtstündigen Arbeitstag einführen wollte.

**Serbien.**

**Ein Putzversuch.**

**Belgrad, 5. März.** Ein Anhänger und Verwandter des Präsidenten Karageorgewitsch, Namens Rade Alawantitsch, versuchte heute früh einen Putz in Schabak, wo er mit einigen gedungenen Personen aus Oesterreichisch-Mitrovitza, seinem bisherigen Wohnsitze, auf einem Kahn gelandet war. Unterwegs hatte er serbische Generaluniform angelegt und alsdann die Grenzwachter aufgefordert, ihm zu folgen. Diese ahnten nichts Schlimmes und begleiteten den vermeintlichen General zuerst in das Gemeindefaß, wo dieser die Feuerwehrlente aufforderte, mit ihm zu gehen. Von da begab sich die Schar in die Gendarmereikaserne. Alawantitsch alarmierte nun die Gendarmen und stellte sie in Front. Zwei Gendarmen waren inzwischen durch ein Fenster auf die Straße gelangt und hatten den Gendarmereikommandanten, Hauptmann Nikolitsch, von dem Vorfall benachrichtigt. Nikolitsch kam in die Kaserne und forderte Alawantitsch auf, sich zu rechtfertigen. Dieser feuerte nunmehr einen Revolver schuß ab, der jedoch den Kommandanten nur leicht verletzte. Jetzt feuerte Hauptmann Nikolitsch seinen Revolver auf Alawantitsch ab, der tot zu Boden sank. Das Gefolge Alawantitschs wurde verhaftet.

Es handelt sich hier offenbar um ein ganz lächerliches Vorgehen eines politischen Narren, das leider nur tragisch geendet hat. Der Thron Alexanders mag sehr wackelig stehen; allein um ihn umzukümpfen, braucht es jedenfalls mehr als einen harmlosen Spaziergang durch Serbien.

**Nordamerika.**

**Die Burendelegation bei Roosevelt.**

**Washington, 5. März.** Staatssekretär Hay empfing heute vormittag die Burendelegierten Wolmarans und Wessels als Privatleute, sprach mit ihnen freimütig und versprach, was er vermöchte, zu thun, um die Lage der Buren in Südafrika zu verbessern; er legte aber dar, in derartigen Angelegenheiten sei der Präsident die maßgebendste Stelle. Später begaben sich die Delegierten in Begleitung Müllers vom Dranzefreistaat in das Weiße Haus, wurden von dem Präsidenten Roosevelt in der Bibliothek als Privatleute empfangen und verblieben eine Viertelstunde daselbst. Präsident Roosevelt hörte sie aufmerksam an und erklärte, die Vereinigten Staaten könnten weder noch wollten sich in den Kampf einmischen.

Das ist just dieselbe Antwort, die die Buren bisher von allen Regierungen bekommen haben. Die Delegierten müssen bald an eine internationale Verschwörung aller civilisierten Völker gegen die Buren glauben.

**Zur Textilarbeiterbewegung.**

oo. Die **Ausperrung in Greiz** ist als beendet anzusehen! Heute Mittwoch von vormittag 9 Uhr an fand in Grimms Lokal eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Ausgesperrten statt, die (wie bereits gemeldet. Red.) einstimmig beschloß, am Freitag früh 8 Uhr die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen. Betreffs des Streikes bei der Firma Gebr. Albert wurde kein Beschluß gefaßt, man überließ den Arbeitern dieser Fabrik die Entscheidung darüber, ob sie die Arbeit wieder aufnehmen sollen oder nicht. Doch sind nach Beendigung der Versammlung Einigungsverhandlungen dieser Arbeiter mit der Firma Albert unternommen worden und voraussichtlich wird auch hier die Beilegung zu Stande kommen.

Die Beendigung der Differenzen ist dadurch zu Stande gekommen, daß jeder Teil etwas nachgab. Die Arbeiterobergeleiteten sich in den letzten Stunden einer Einigung recht geneigt. Gestern Abend noch sandten die Fabrikanten Voten zu vielen Arbeitern und auf die umliegenden Dörfer, um die Aufhebung der Sperre bekannt zu geben und zur Aufnahme der Arbeit aufzufordern. Doch fanden sich heute morgen nur vereinzelte Arbeiter in den Fabriken ein. Ueber die Beendigung der Ausperrung herrscht allseitig, insbesondere in der Geschäftswelt, Freude, denn zweifellos haben die drei Wochen der BetriebsEinstellung der gesamten Bevölkerung großen Schaden gebracht. Die Fabrikanten werden aus den Vorgängen mindestens die Lehre ziehen, daß es besser ist, den Bogen nicht zu stark zu spannen. In eine Ausperrung werden sie so leicht nicht wieder denken.

Auch die **Wollortlerer der Wollkammer Georgi u. Co.** in Wylau sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern Erhöhung des Accordlohnes nach einem schon im vergangenen Jahr gewünschten Tarif, Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfg., Beendigung der Arbeit 5 Minuten vor der festgesetzten Zeit, um Gelegenheit zum Waschen etc. zu haben, und Beseitigung einiger anderen Uebelstände. Betreffs der Lohnforderung verlangte die Betriebsleitung eine Frist, um nachrechnen zu können, die anderen Forderungen wurden sofort bewilligt. Die Firma, die annähernd 300 Arbeiter beschäftigt, sucht in auswärtigen Blättern, auch Parteiorganen, Wollortlerer. Diese seien auf die Differenzen aufmerksam gemacht.

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.**

k. Die **Sächsische Baugewerks-Verufsgenossenschaft** zählte im Jahre 1900 insgesamt 12 812 Betriebe, welche 130 125 Arbeiter und Betriebsbeamte durchschnittlich beschäftigten. Die von den Unternehmern gezahlten Löhne und Gehälter betragen rund 97 000 000 Mk., so daß auf einen Arbeiter durchschnittlich auf das ganze Jahr der Betrag von 716 Mark kommt. Die Zahl der Verletzten, für welche im Laufe des Jahres Unfallanzeigen erstattet wurden, betrug 4350, das ergibt auf 1000 versicherte Personen 32,16 Verunglückte. Von den durch Betriebsunfall Betroffenen waren 88 sofort tot, 350 blieben dauernd, wenn auch nur teilweise, erwerbsunfähig, 491 waren vorübergehend, jedoch länger wie 13 Wochen, arbeitsunfähig. Die 88 Getöteten hinterließen 67 Witwen mit 117 Kindern. Der größte Teil der Unfälle, 397, ereignete sich durch Fall von Leitern, Treppen, in Vertiefungen etc., 147 ereigneten sich durch Auf- und Abladen, zu schweres Heben und Tragen etc., 152 durch Zusammenbruch, Einsturz, Herabfallen von Gegenständen etc., 74 durch die Benutzung des Handwerkszeugs etc.

Die von den Unternehmern an die Genossenschaft gezahlten Umlagen betragen rund 1 Million Mark. Auf jeden durchschnittlich versicherten Arbeiter und Beamten kommt der Betrag von 7,80 Mk. für das Jahr. Die Genossenschaft zahlte an 4029 Verletzte Unfallrenten im Gesamtbetrag von 657 301 Mk., 620 Witwen Getöteter erhielten 101 107 Mk., 820 Kinder 95 849 Mk. Hinterbliebenenrente. In 819 Verletzten wurden Heilverfahren durchgeführt, die 30 944 Mk. kosteten. Die Verwaltung der Genossenschaft erforderte inklusive der Kosten für Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigung sowie der Ueberwachung der Betriebe etc. den netten Betrag von 233 264 Mk.

**Dresden, 5. März.** Gute Zeit herrscht jetzt auf dem hiesigen **Gewerbegericht**: Richter und Beisitzer haben wenig zu thun. In sich wäre dieser Zustand ja sehr erfreulich, wenn diese „Arbeitslosigkeit“ nicht ein deutliches Zeichen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise wäre. Die Beschäftigungslosigkeit Tausender von Arbeitern ist natürlich nicht ohne Einfluß auf die Häufigkeit der Klagen beim Gewerbegericht. Von den Beschäftigten aber wird mancher, der durch den Unternehmer beunruhigt wird, von einer Klage absehen, um die Beschäftigung nicht zu verlieren. Auch anderwärts dürften die Gewerbegerichte ein ähnliches Zurückgehen der Zahl der Klagen aufzuweisen haben. Bei den ordentlichen Gerichten wird natürlich die Arbeitslosigkeit mit ihren Begleiterscheinungen gerade gegenwärtige Folgen haben, denn mit der Zunahme des Elends wachsen auch die Vergehen und Verbrechen.

Nach Dresden einberufen werden am 1. Juli d. J. die **Gemeinden Mitten, Uebigau, Radix und Trachau** rechts der Elbe, sowie **Cotta, Bötian, Rauflich, Wölfnitz, Müchitz, Schernitz und Seidnitz** links der Elbe. Der Anschließungsvertrag mit der Gemeinde **Plasewitz** ist dieser Tage perfekt geworden; mit der Gemeinde **Reich** schweben noch Verhandlungen.

**Plauen, 5. März.** Vom Landgericht wurde am 28. Februar der **Stichtmaschinenbesitzer Sommer** wegen Verleumdung eines Baumeisters durch Verteilung von Plakaten beschimpfenden Inhalts zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Der Verurteilte, der seine Schuld eingestanden hatte, ließ sich nach der Zurückführung in die Haft beim Oberstaatsanwalt melden und gestand diesem, daß er der Urheber und Verbreiter jener beleidigenden Plakate war und nahm die ihm auferlegte Strafe an. Daraufhin erfolgte noch seine einstweilige Entlassung. Schon tags darauf wurden ganz ähnliche, jedoch geschriebene Plakate in der Stadt verbreitet, die genau wie die früheren geeignet waren, den Baumeister schwer zu beleidigen. Unter dem Verdachte, daß er auch der Verbreiter dieser Schmädhplakate sei, wurde Sommer gestern Abend auf Anordnung der Staatsanwaltschaft von neuem verhaftet.

**Schwarzenberg, 5. März.** In **Mittweida-Markersbach** fand am Sonntag eine Parteiversammlung für den 21. sächsischen Reichstagswahlkreis statt, in der Reichstagskandidat **Genosse Greitz-Weipitz** über die politische und wirtschaftliche Lage und den Reichstag sprach und allgemeinen Beifall fand. Zum Punkt Organisation und Agitation gab **Genosse Schmidt-Johann-georgenstadt** ein Bild über die Entwicklung des Kreiswahlkreises, die nicht die gewünschten Fortschritte gemacht hat. **Genosse Schmidt-Johanngeorgenstadt** wurde zum Delegierten zur Landeskonferenz gewählt.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Die ersten **Geisteskranken**, mehr als 50 Personen, sind in der **neuen Landesanstalt** zu Großschweidnitz bei Abau eingetroffen. Sie wurden mit Extrajug vom Sonnenstein über Dresden unter entsprechender Begleitung nach der Anstalt gebracht. — Infolge **Kohlenbruchs** an einem Güterwagen ist am Dienstag der 2 Uhr 38 Min. nachmittags von **Schnefriebersdorf** nach **Wilschdorf** verkehrende **Personenzug Nr. 8015** unweit der Haltestelle **Oberherold entgleist**. Verunglückungen von Reisenden oder von Zugspersonal sind dabei nicht vorgekommen. Mit einer Verzögerung von 1 1/2 Stunden konnte der Zug nach Beseitigung des Hindernisses die Fahrt fortsetzen. — Der 15jährige **Gravurlehrling Willy Schneider** in **Schleitz** schritt zwei im Stalle des **Ratstellers** stehenden **Pferden** eines **Thürmer Brauereibesizers** die **Schwefel** ab und verkaufte das **Rohhaar** für 25 Pfg. Außerdem **mißhandelte** er andere **Pferde**, die im Stalle standen. Der jugendliche **Blödsinn** wurde vom **Landgericht Chemnitz** zu zwei Monaten **Gefängnis** verurteilt.

**Erfurt, 5. März.** Von der hiesigen **Strassammer** wurde der ehemalige **Polizeiergeant Friebe** und dessen **Bruder** freigesprochen. Beide waren wegen **Körperverletzung** angeklagt. Mit einem noch nicht 16jährigen Mädchen hatten beide intimen Verkehr gehabt und **Friebe** sollte das Mädchen **geschlechtlich** krank gemacht haben. Das **Leinmündigenzeugnis**, welches dem Mädchen ausgestellt wurde, fiel ungünstig aus und so erfolgte **Freispruch**. Das **Gericht** nahm an, daß das Mädchen sich die **Krankheit** — auch an anderer Stelle **zugezogen** haben kann!

**Magdeburg, 5. März.** In der **Volksstimme** lesen wir: Bei einem **Gutsbesitzer** in **Sülldorf** befindet sich seit langen Jahren ein mit **Kindern** gesegneter Arbeiter in Diensten. Von den drei erwachsenen Mädchen desselben waren die beiden ältesten bei einer **Herrschaft** in **Magdeburg** in Stellung gewesen, ohne daß hiergegen seitens des **Gutsbesizers** A. Einspruch bei dem **Vater** der beiden Mädchen erhoben worden war. Nachdem auch das dritte Mädchen herangewachsen war, erklärte sich die genannte **Herrschaft** bereit, da die beiden ersten sich anderen **Berufsweigen** zugewandt hatten, auch dieses dritte Mädchen in Dienst zu nehmen. Die Eltern hatten nichts dagegen, jedoch erklärte die Mutter, auf ein **dauerndes Dienstverhältnis** nicht eingehen zu können, denn hierzu sei die **Genehmigung** des **Guts herrn**, bei dem ihr Mann in Stellung wäre, notwendig. (11) Nichtsdestoweniger nahm das Mädchen den Dienst an und arbeitete zur **Zufriedenheit** der **Herrschaft**, ebenso wie ihre **Schwester**. Als sich das Mädchen kaum 14 Tage lang im Dienst befand, erschien vor einigen Tagen die Mutter desselben und forderte das Mädchen zurück, weil — der Herr die **Beschäftigung** nicht erlaubt hätte. Meinend verließ das Mädchen die **liebgehabte Herrschaft** und begab sich in ihr **Heimatdorf** zurück, um **gehörig** des **Augenblicks** zu harren, wo „der Herr“ wieder eine **billige Arbeitskraft** mehr gebraucht. — Sollte man solche **Sorglosigkeit** am **Anfange** des 20. Jahrhunderts noch für **möglich** halten?

**Hierzu zwei Beilagen.**



12, 1.

# Die Arbeitslosigkeit

sowie die allgemeine schlechte Zeitlage erschwert es vielen, seine Kinder anständig zur Bekleidung



## Konfirmation



einzuhalten. Wir wollen daher auch diesmal der gegenwärtigen Zeitlage Rechnung tragen, indem ein großer Posten

# Konfirmanten-Anzüge

zusammengestellt wurde und zwar von **Mk. 6.50** an, so daß selbst dem Armen der Vermittler ermöglicht ist, sein Kind für nur wenige Mark schön gekleidet zur Konfirmation zu schicken. Ferner:

**Eine Partie Herren-Anzüge**

fr. 6. u. 10<sup>1/2</sup> — 15 — 17 — 25 — 34 — 42 — 51 Mk.  
jetzt 7<sup>1/2</sup> — 10 — 11<sup>1/2</sup> — 18 — 23 — 28 — 33 Mk.

**Eine Partie Herren-Paletots**

fr. 6. u. 10 — 13<sup>1/2</sup> — 22 — 28 — 33 — 40 — 48 Mk.  
jetzt 7 — 9 — 14<sup>1/2</sup> — 16<sup>3/4</sup> — 22 — 29 — 32<sup>1/2</sup> Mk.

**Eine Partie Knaben- u. Burschen-Anzüge**

fr. 6. u. 3<sup>3/4</sup> — 4<sup>1/2</sup> — 7 — 9 — 12 — 15 — 18 — 24 Mk.  
jetzt 2<sup>1/2</sup> — 3 — 4<sup>1/4</sup> — 6 — 7<sup>3/4</sup> — 10 — 12<sup>1/2</sup> — 18 Mk.

**Eine Partie Herren-Hosen**

fr. 6. u. 2<sup>1/4</sup> bis 14 Mk. [2165]  
jetzt 1<sup>1/4</sup> bis 8 Mk.

**Winter-Paletots u. Joppen zu jedem nur annehmbaren Preise.**

# Riesen-Kleider-Konsum

Reichsstrasse 12, 1. Etage.

Inh.: Leo Fisch.

12, 1.

12, 1.

## Achtung, Glaser.

Sonnabend den 8. März abends 7/9 Uhr  
**Mitglieder = Versammlung**  
in der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen M. Wittich  
über: Die Religion und ihre Entstehung.  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. D. V.

## An die Arbeiterschaft Leipzigs.

Auf Anfragen von verschiedenen Seiten sehen wir uns veranlaßt, öffentlich bekannt zu geben, wie die Vereinigung der Drechsler entstanden ist. Seit Uebertritt des Fachvereins in den Holzarbeiterverband ist nichts zur Hebung unseres Berufs geschehen worden. Der 96er Streik wurde abgelehnt, aber die organisierten Arbeiter Leipzigs verhassten uns zum Siege. Auch im Jahre 1899 sollten beim Tischlerstreik die in den Tischlereien arbeitenden Drechsler ihre Solidarität bewahren, aber Forderungen nicht stellen. Infolge der weiteren Vernachlässigung der Drechsler ging die Mitgliederzahl innerhalb des Verbandes von Jahr zu Jahr zurück. Auch in Unterstützungssachen wurden die Drechsler zurückgelassen; Beweis: Daß bei Groß- die polberechtigten organisierten Drechsler ledig 10 Mk., verheiratete 14 Mk., für Kinder nichts erhielten; bei Schülern die Tischler ledig 12 Mk., verheiratete 17 Mk., für 1 Kind 70 Pfg., unorganisierte 12 Mk. Unterstützung erhielten. Alle diese Benachteiligungen veranlaßten die Drechsler zur Gründung einer Organisation, nachdem vorher alle Versuche, die Drechsler zu ihrem Rechte zu verhelfen, gescheitert waren. Alle Gerichte des Holzarbeiterverbandes, wir hätten auf Betreiben des Stellmachers Lippmann die Vereinigung gegründet und dergleichen mehr, erklären wir für unwahr.  
2144] **Die Vereinigung der Drechsler.**

## Drechsler aller Branchen.

Sonnabend den 8. März abends 7/9 Uhr  
**Große öffentliche Versammlung**  
in der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag von Karl Pinkau: Zur Geschichte der Zeitungen und die Unterdrückungsmahregeln gegen dieselben. 2. Bericht über den Streik in Belg. 3. Gewerkschaftliches. D. V.

## Männer-Gesang-Verein Molkau.

2150] Sonnabend den 8. März  
**Grosses Wintervergnügen mit Ball**  
im großen Saal der Drei Mühren, Leipzig-Ringer.  
Einlass 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Zahlreichem Besuch sieht entgegen Der Vorstand.

## Achtung, Buchbinder!

Sonnabend den 8. März abends 8 Uhr  
**Grosser Unterhaltungs-Abend**  
im Albertgarten

bestehend in Konzert, Lichtbilder-Vortrag (Hamburg und sein Weltverkehr) und daran anschließend gemütliches Tänzchen.  
Eintritt 15 Pfg. Tanz 30 Pfg. Eintritt 15 Pfg.  
Der Reinertrag fließt dem Arbeitslosen-Fonds zu.  
Eintrittskarten sind bei sämtlichen Vertrauensleuten zu haben. Arbeitslose Kollegen wollen sich an der Kasse legitimieren. Dieselben haben Eintritt und Tanz frei.  
Der Vorstand des Fachvereins.  
Der Bevollmächtigte.

## Frische Seefische

empfehlen  
**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**  
Reichsstrasse 25.  
Speisepotateln, mehreich, 10 Pfd. 25, Wege 15 Pfg.  
Robert Funke, Lindenau  
Edel-Gundorfer u. Bettlerstr.  
Prima Banddecken 6.50 Mk., Prima Luftschluche 5 Mk. Reparaturen an Fahrrädern schnell und billig.  
Kurprinzstr. 16.

## Partiewaren-Geschäft Max Fechner

Lindenau, Querstr. 13.  
**Nie wiederkehrende Gelegenheitskäufe!**  
Die neuesten Modelle in Kragen, Jacketts, Capes, Paletots, Kinderkleider, Knabenanzüge  
Elegante Modell-Kleider für die Hälfte des Preises durch den Einkauf eines ganzen Musterlagers.  
Seidenblusen, Samtblusen  
Flanell-Blusen, wollene Blusen  
Unterröcke kann ich bedeutend unter Preis abgeben!  
Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Samt  
Handtücher  
Wisch- und Taschentücher  
**Damenhemden**  
Männerhemden u. Kinderhemden  
Nachjacken, Nachhemden  
Hosen, Normalwäsche  
Fertige Bettwäsche bunt mit 2 Kissen 4 Mark  
weiß " 2 " 5  
Fertige Inlets mit 2 Kissen rot gestreift 4 Mk. 50 Pfg.  
Große Betttücher ohne Nacht 1 Mark 75 Pfennige.  
Schlafdecken, Barchenttücher  
Stoffsets, Strawatten  
Gardinen! Gardinen! Gardinen!  
Tischtücher, Servietten  
Kaffeedecken  
Leinen, Hemdentuch, Barchent  
Möbelcretonnes  
Bettvorleger, Tischläufer  
Paradeltücher, Kongressstoffe  
Kopf-Shawls in Seide und Wolle.  
Kissen in Seide, Samt, Satin etc.  
Regenschirme für Damen und Herren.

**Reparatur-Werkstatt**  
für Nähmaschinen aller Systeme  
Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.  
(Frühere Firma: G. Neidlinger)  
Leipzig, Augustusplatz 1.

Größtes und Ältestes [6389]  
Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.  
Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

**Zur gefl. Beachtung!**  
Alle von anderen Nähmaschinen-gehilfen unter dem Namen „Singer“ angebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neueren Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

**Monatsgarderobe.**  
J. Kindermann, Salzgäßchen 9, 1.  
am Markt u. Rathaus.  
Empfehlen in reicher Auswahl aller Winter-Paletots, komplette Anzüge, alle Façons u. Weiten. Eleg. Fracks u. Gesellschaftsanzüge, auch Selbstweife.



Soziale Rundschau.

Folkswirtschaftliches.

Zuckerkonferenz. Brüssel, 5. März. Die Zuckerkonferenz hat ihre ursprüngliche auf Donnerstag vormittag anberaumte Schlußsitzung bereits heute abend 5 1/2 Uhr abgehalten.

Gewerkschaftliches.

ac. Zum Züriner Sadarbeiterstreik. Das auf Veranlassung des Bürgermeisters zusammengetretene Schiedsgericht hat bestimmt, daß von den 600 Streikenden 242 Arbeiter in den Gasanstalten unterkommen finden sollen; die übrigen sollen später eingestellt werden.

Der nationale Kongreß der französischen Grubenarbeiter hat sich für den Achtstundentag entschieden und mit 124 gegen 105 Stimmen beschlossen, die Einführung des Achtstundentags durch einen Generalausschuß zu erzwingen, ohne sich in neue Verhandlungen mit der Regierung einzulassen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Das Debit des neuen Justizministers. Am Dienstag trat der neue Justizminister zum erstenmal mit einer längeren Rede vor der Zweiten Kammer, an deren Schluß er es für nötig fand, in einer persönlichen Bemerkung sich gegen ein Dresdener Blatt zu wenden, daß bei seiner Ernennung die Wendung gebraucht hatte, er, der neue Minister, sei durch und durch Jurist.

Der Justizminister hielt es auch für nötig, den Abgeordneten, die die sächsische Justiz gegen die berechtigten Angriffe unserer Genossen im Reichstage in Schutz zu nehmen sich verpflichtet fühlen, besonderen Dank auszusprechen, und die Unparteilichkeit unseres Richterstandes festzustellen.

Wenn der neue Minister bisher als „Nur“-Jurist bekannt war, so zeigt doch sein erstes Auftreten im Landtage, daß seine Gesinnung sich ganz in den Bahnen seiner Vorgänger bewegt und daß er ein Minister ist nach dem Herzen der Reaktion in Sachsen.

Als bemerkenswert sei noch erwähnt, daß sich der Minister gegen eine höhere Einstellung der Einnahmen aus der Rechts-

pflege wendete mit der Motivierung, daß in den nächsten Jahren die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder besser werden würden und diese Besserung der Verhältnisse auch wieder einen Rückgang der Prozesse und damit einen Rückgang der Einnahmen zur Folge haben würden. Das ist logisch. Der Minister scheint aber nicht daran gedacht zu haben, daß, wenn der Posttarif nach den Wünschen der verbündeten Regierungen Gesez werden sollte, von einer Besserung der Verhältnisse und also auch von einem Rückgang der Prozesse keine Rede sein kann.

Kiesla, 5. März. Der Gemeindevorstand in Gräba ist, wie jetzt gemeldet wird, von der Amtshauptmannschaft seines Amtes entbunden worden. Die Gründe dieser Amtsenthebung sind unseren Lesern bekannt.

Zittau, 5. März. Die Blättermeldung über eine angebliche Massenverhaftung von Anarchisten in der Umgebung von Zittau beruht nach einer von den Zittauer Nachrichten an zuständiger Stelle eingezogenen Erkundigung auf Erfindung. — Na also! Mit dem Anarchistenschrecken war es wieder einmal nichts.

Gera, 5. März. Von hier wird gemeldet, daß Fürst Heinrich XIV. aus Anlaß seines Geburtsfestes im Fürstentum eine Amnestie eintreten lassen werde. Viel wird dabei nicht heranspringen!

Der Kampf gegen die Reglementierung der Prostitution.

In Deutschland hat sich in den letzten paar Jahren eine Richtung ausgebreitet, die in England, Frankreich und besonders in der Schweiz stark vertreten ist und sich zur Aufgabe gestellt hat, die staatliche und lokale Reglementierung der Prostitution zu bekämpfen. Sie nennt sich: Internationale Föderation zur Bekämpfung der staatlich reglementierten Prostitution. In Deutschland sind erst vier Zweigvereine dieser Verbindung vorhanden, die im Jahre 1899 gegründet worden sind.

Eine der ersten Vorkämpferinnen dieser Richtung ist die in Dresden wohnhafte Frau R. Scheven, die ein Blatt dieser Richtung herausgibt. Gestern abend sprach sie auf Veranlassung des hiesigen Sittlichkeitsvereins in einer im Krustallballsaal abgehaltenen außerordentlich stark besuchten Versammlung, die zu 3/4 aus Frauen bestand. Auch hatten die Veranstalter für die „bessere“ Gesellschaft einige hundert Stühle reserviert und diese durch einen Streik vom übrigen Publikum abtrennen lassen.

unteren Polizeiorgane, die ihnen verdächtige Frauen und Mädchen ohne weiteres zur gewaltsamen Visitation mit auf die Backen nehmen, wo sie sich vor dem Polizeiarzt dann entkleiden müssen. Auf eine einfache Denunziation hin werden Mädchen untersucht und alles Bitten und Sträuben hilft dagegen nichts. Wieviel Mißgriffe da gethan werden, wird gar nicht bekannt, oder höchstens dann, wenn es einmal einer Angehörigen der „besseren“ Gesellschaft passiert. Manche, die vorher noch Schamgefühl besaßen, nehmen dann später selbst ein Kontrollbuch. Auch das Denunziantenwesen wird dadurch gefördert. Daß die Reglementierung wieder vor den Geschlechtskrankheiten schützt oder diese auch nur eindämmt, zeigen diejenigen Länder und Städte, in denen die Reglementierung nicht existiert. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Die Reglementierung hat dazu beigetragen, daß die Männer in der Frau nur das Geschlecht und nicht einen gleichberechtigten Menschen sehen. Aber auch die Ärzte, die die Untersuchungen vorzunehmen haben, sinken zum Handarbeiter herab und werden demoralisiert.

Was mögen sich wohl die Hunderte der erschienenen Bourgeois und ihre Gemahlinnen ob einer solchen eindringlichen Rede gedacht haben? Ob sie wohl immer noch denken, daß wir in der besten aller Welten leben? Daß die Ausführungen, die freilich für einen Sozialdemokraten nichts Neues enthielten, bei den Versammelten Eindruck gemacht hatten, war augenscheinlich, daß sie aber bei dem meisten Publikum heute schon wieder vergessen sind; kann auch angenommen werden. Denn der Ausbeuter, der gestern abend so lebhaft Beifall geklatscht hat, wird sich in der Praxis den Teufel um das Gehörte scheren, sondern nach wie vor das oberste und erste Gebot des Kapitalismus befolgen: Profit machen um jeden Preis! Reichsgerichtsrat a. D. Stenglein schloß dann die Versammlung mit dem Bemerkten, daß es eines Kulturstaates unwürdig sei, mit dem Laster ein Kompromiß zu schließen.

Gerichtssaal.

Kriegsgericht.

Leipzig, 5. März.

Zur Degradation verurteilte Unteroffiziere. Vom Schwurgericht Leipzig wurde am 6. Dezember vorigen Jahres der beim Stadtrat in Markranstädt angestellte gewesene Polizeiregistrator Clemens Arthur Kühn aus Verdau wegen qualifizierter Unterschlagung

Kleine Chronik.

Leipzig, 6. März.

Theaterschicksal. Im Neuen Theater findet am Freitag die Aufführung von Richard Wagners Lohengrin statt. — Im Alten Theater wird das Lustspiel Im weißen Rößl gegeben.

Am Sonnabend geht im Neuen Theater Flachsmann als erster in Scene. — Im Alten Theater wird die neue Operette Das süße Mädel, zum erstenmal wiederholt.

Für Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater ist Hohenstein angelegt. — Im Alten Theater gelangt Das süße Mädel zur Aufführung.

Ernst v. Wolgast hat das Gastspiel seines Bunten Theaters bis inklusive Sonntag im Carola-Theater verlängert. In diesen letzten Vorstellungen vom 7. März ab wirken auch Bogena Bradsky und Kapellmeister Oskar Straus in neuen Rollen mit.

Am kommenden Dienstag den 11. März findet im Neuen Theater bei aufgehobenem Abonnement zum Besten des Albertvereins die Aufführung des Raimundschen Zaubermärchens Der Verschwenker statt. Billets für diese Vorstellung werden im Vorverkauf täglich an der Tageskasse des Neuen Theaters von 10—8 Uhr abgegeben.

Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung hat, wie sie in einem Zirkular mittelst, im Jahre 1901 im ganzen Reich 1291 Bibliotheken mit 44967 Bänden begründet und unterstützt.

In den letzten fünf Jahren hat die Gesellschaft im deutschen Reich 8248 Bibliotheken mit 140892 Bänden begründet und unterstützt.

Seit dem Herbst des vergangenen Jahres giebt die Gesellschaft an kleineren Gemeinden, in denen vorwiegend die eigenen Aufwendungen für die Volksbibliothek nicht ausreichen sein werden, auch sogenannte immerwährende Wanderbibliotheken ab, b. h. stellt alljährlich eine Kollektion von 50 Bänden im Werte von 75 Mark zur Verfügung. Die Bücher werden, wie bisher, aus dem etwa 1800 Nummern umfassenden Katalog der Gesellschaft von den betreffenden Gemeinden vollständig unbeschränkt ausgewählt und im nächsten Jahre bis zum 1. Juni an die Geschäftsstelle der Gesellschaft zurückgeliefert. Diejenigen Gemeinden, die die Bibliothek vorziehen wollen, haben dann das Recht, eine neue Kollektion von 50 Bänden aus dem Katalog der Gesellschaft auszuwählen. Der Wechsel wird also in denjenigen Monaten vorgenommen, in denen der Jahresbericht auf dem Lande wenig gelesen wird, und jede Gemeinde, die von dieser Einrichtung Gebrauch macht, kann all-

jährlich 50 neue Bücher für sich in Anspruch nehmen. Wie vorzugehen war, ist von dieser Einrichtung von vielen Gemeinden und Vereinen Gebrauch gemacht worden.

Das neue dieser Wanderbibliotheken den bisherigen vereinzelt bestehenden ähnlichen Einrichtungen gegenüber besteht darin, daß jede Gemeinde völlig freie Hand in der Wahl der Bücher behält, und daß, wenn einmal eine solche Wanderbibliothek erhalten hat, diese nur dann verliert, wenn im Orte selbst die Ueberzeugung vorhanden ist, daß eine weitere Fortführung der Bibliothek nicht möglich oder nicht zweckmäßig ist. — Die Katalog der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Berlin NW., Lübecker Straße 6, erteilt nähere Information.

Die Scharfsehende des Schauspielers. In Berlin ist gestern der Schauspieler Haupt, der sich auch Gregory nennt, wegen Diebstahls zu einer schweren Gefängnisstrafe verurteilt worden. Das Gericht nahm als erschwerend an, daß der Stand, dem der Angeklagte angehört, ihm die Schwere eines solchen Vergehens hätte recht einbringlich vor die Seele führen müssen. In dieser Auffassung des Gerichtes drückt sich die hohe sittliche Wertung aus, die der Schauspielersstand heututage genießt. Während das Vorurteil früherer Zeit die Schauspielerei als Charakterlosigkeit und der Leichtfertigkeit beschuldigte, erkennt man heute die sittliche Kraft an, die der Schauspielersberuf, wie jeder Künstlerberuf, ausübt.

Das Mitglied des Wiener Hofburgtheaters, Herr Ferdinand Gregori, erlucht uns mitzuteilen, daß er mit dem verurteilten Haupt-Gregory weder identisch noch verwandt ist.

Verändert sich die Länge des Erdentags? Unter allen astronomischen Größen gilt die Länge des Erdentags, also die Dauer der einmaligen Umdrehung der Erde um ihre Achse als die zuverlässigste. Nach dem berühmten Grundgesetz der griechischen Philosophen Demokrit ist zwar alles in der Welt in dauerndem Fluß begriffen, demnach müßte auch die Länge des Erdentags einer allmählichen Veränderung unterworfen sein, jedoch hat der große Laplace aus seinen Berechnungen den Schluß gezogen, daß die Länge des Tags um minderten seit den letzten 2000 Jahren nicht um einen nennenswerten Betrag geschwankt haben könne. Mit dieser Angabe ist freilich die Frage nun vorläufig erledigt, denn dieser Angabe ist freilich schon viel länger als 2000 Jahre und wird ohne Zweifel auch noch länger bestehen. Wann wird nun der Tag, der vor 2000 Jahren bereits die Länge von 24 Stunden hatte, merkbar länger oder kürzer geworden sein? In einer Untersuchung dieses Problems zieht Smith Woodward zunächst die Veränderung innerhalb der Erdmasse in Betracht, die sich als

Folge der zunehmenden Abkühlung und Schrumpfung der Erdsphäre vollzieht. Auf der anderen Seite erfährt nun unser heimatlicher Weltkörper eine fortgesetzte Massenermehrung durch die aus dem Weltraum auf ihn herabfallenden Meteore. Der erstere Vorgang wirkt auf eine Verkürzung, der zweite auf eine Verlängerung des Erdentags hin, b. h. auf eine Beschleunigung bzw. Verlangsamung der Erdumdrehung. Nach den Berechnungen, die Smith Woodward in Anlehnung an die unsterbliche „Himmelsmechanik“ von Laplace ausgeführt hat, kommt er zu dem Schluß, daß die Abkühlung der Erde so langsam vor sich geht, daß die Länge des Tags während der ersten 10 Millionen Jahre nach dem Beginn der Erdverdringung sich nur um eine halbe Sekunde verändert haben könne. Wenn die Erdkühlung vorüber sein wird, muß sich jedoch in der Dauer des Tags eine sehr nennenswerte Verschiebung herausgebildet haben, und aus dieser Annahme würde sich ergeben, daß die Erdgeschwindigkeit mit ganz ungeheuren Zeiträumen zu rechnen hat. Woodward nimmt an, daß die Erde zunächst eine Temperatur von 8000 Grad besessen habe, ferner daß ihre Zusammenziehung bei der Abkühlung in gleicher Weise vor sich geht, wie sie beim Eisen versuchsweise beobachtet ist. Ab wann würde sich die Länge des Tags bei völliger Erdkühlung des Erdsphären um fast 1 1/2 Stunden verkürzen. Welche Zeit würde nur bis dahin verstrichen sein? Es läßt sich darüber überhaupt nur mit einer Einheit von Jahrmillionen rechnen, denn es würde eine Billion von Jahren darüber vergehen, ehe die Erdabkühlung zu einer fühlbaren Veränderung in der Länge des Tags geführt hätte. Auch dieses ungeheure Zeitmaß würde theoretisch noch zu klein sein, denn die Vermehrung der Erdmasse durch niederfallende Meteore wirkt ja der Verkürzung des Tags durch die Abkühlung entgegen. Es muß nun noch bestimmt werden, inwieweit dies der Fall ist. Woodward ist der Ansicht, daß die Vermehrung der Erdmasse durch Meteore überhaupt kaum in Betracht komme, denn der Zuwachs aus dieser Ursache geht wahrscheinlich so langsam vor sich, daß er eine Verlängerung des Erdentags nur um eine Einheit herbeiführen könnte, wenn gleichzeitig die Erdkühlung einer Verkürzung des Tages um 200000 Einheiten bewirkt hätte. Diese Schätzung beruht bereits auf der weitgehenden Annahme, daß täglich 20 Millionen Meteore, allerdings nur im Durchschnittsgewicht von 1 Gramm, aus dem Weltraum der Erde zufließen. Unter dieser Voraussetzung würde eine Billion von Jahren vergehen, ehe sich der Erdentag aus dieser Ursache um nur 1/2 Sekunde verlängert haben würde. Diese Zahlen können als beruhigendes Mittel für alle Leute dienen, die sich über die Vergänglichkeit der Erde aufzuregen geneigt sind.



im Amte zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt. Unter anderem hatte Kühn 1025 Mk. amtlich verzeichnete Gelder in seinem Nutzen verwendet und, um eine Entdeckung zu verhüten, falsche Eintragungen in den von ihm zu führenden Listen und Büchern gemacht. An demselben Tage war gleichfalls vom Schwurgericht gegen den der gewinnfüchtigen Fälschung öffentlicher Urkunden und Beamtenunterdrückung beschuldigten vormaligen Reichsgerichtssekretärs-Assistenten Adolf Leo Schäfer aus Berlin auf ein Jahr zwei Monate Gefängnis erkannt worden. Da Kühn Sergeant der Landwehr und Schäfer in dem Range eines Feldwebels der Reserve stand, wurde gegen beide infolge ihrer Verstrafung von der Militärbehörde das Verfahren behufs Degradation eingeleitet. Das Kriegsgericht der 24. Division erkannte gegen beide Angeklagte, die aus der Strafanstalt Zwickau vorgeführt worden waren, auf Degradation, da sie nicht mehr für würdig und fähig erachtet wurden, dem Heere noch weiter als Vorgesetzte anzugehören.

**Wegen Unterschlagung von Dienstgeldern, versuchten Betrugs und Ungehorsams** wurde der seit dem Jahre 1895 beim 106. Regiment dienende Unteroffizier Otto Max Graf aus Bautzen zu einem Jahr Gefängnis, zwei Jahren Ehrenrechtsverlust, Degradation und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes vom Kriegsgericht der 24. Division verurteilt. Graf war vom November 1900 bis Dezember 1901 als Bataillonschreiber bei der 5. Compagnie des 106. Regiments beschäftigt gewesen. Zu seinen Obliegenheiten gehörte es u. a. auch, die ihm vom Postunteroffizier übergebenen eingelaufenen Gelder an die Empfänger auszusenden. Nachdem sich ein Defizit von 184 Mk. herausgestellt hatte, wurde Graf Ende Dezember v. J. in Haft genommen. Die angestellten Nachforscher ergaben, daß Graf sich, um den Fehlbetrag zu decken, unter unwahren Angaben von dem Kaufmann R. 200 Mk. geliehen hatte, da ihm angeblich ein Betrag in dieser Höhe gestohlen worden wäre. Weiter wurde ihm zur Last gelegt, einen Geldbetrag von 65 Mk., den er im Manöver in Kaufschwib für Mandoverkarten vereinnahmt hatte, unterschlagen zu haben. Auch wurde Graf noch des Kameradendiebstahls beschuldigt insofern, als er dem Sergeanten D. ein Portemonnaie mit 86 Mk. Inhalt, das D. auf der Stube hatte liegen lassen, wegnahm. Endlich hatte Graf noch zu wiederholtenmalen den Thüringer Hof in Volkmarstorf, über den Militärverbot verhängt ist, teils in Uniform, teils in Zivilkleidung besucht. In dieser Handlungsweise war der Thatbestand des Ungehorsams erblickt worden. Diesen letzten Punkt der Anklage gab Graf in der Hauptverhandlung ohne weiteres zu. Er erklärte, er habe seine in dem genannten Etablissement bei einer Damenkapelle mitwirkende Geliebte dort öfters besucht. Bezüglich des Defizits hatte Graf anfänglich behauptet, es seien ihm 200 Mk. aus dem Tischkasten in der Bataillonschreiberei gestohlen worden. Schließlich mußte er aber doch einräumen, daß er mindestens 120 Mk. der ihm anvertrauten Gelder für sich verbraucht habe, so daß ihm nur noch 60 Mk. gestohlen worden sein könnten. Die für die Mandoverkarten eingenommenen Gelder wollte er verloren haben. Betreffs des Diebstahls des Portemonnaies behauptete Graf, er habe sich nur einen Scherz mit dem Sergeanten D. machen und ihm einen Schreck einjagen wollen. Auf Grund der umfangreichen Weisenaufnahme hielt der Staatsanwalt die Anklage im vollen Umfang aufrecht. Das Kriegsgericht erkannte jedoch bezüglich der fehlenden 65 Mk. für die Mandoverkarten auf Freisprechung des Angeklagten. Bezüglich der Begnadigung des Portemonnaies wurde nur Unterschlagung und wegen der erschwindelten 200 Mk. nur versuchter Betrug zu Gunsten des Angeklagten angenommen.

**Schwurgericht.**

Leipzig, 5. März.

Wegen **Mindestbüdung** hatte sich die am 20. April 1872 in Thalwitz geborene Dienstmagd Johanne Wilhelmine Krüger zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete gemäß dem Wahrspruch der Geschworenen, die der Angeklagten mildere Umstände zugestanden hatten, auf zwei Jahre acht Monate Gefängnis. Sechs Wochen der erlittenen Untersuchungshaft wurden auf die erkannte Strafe in Anrechnung gebracht. Strafmildernd wurde berücksichtigt, daß die Angeklagte bisher unbescholten war und sich zur fraglichen Zeit in sehr bedrängter Lage befand.

**Gemeinde-Zeitung.**

Aus dem Stadtverordnetensaal. (Sitzung vom 5. März 1902.)

Der **Waisenratsbezirk 60 B** ist in zwei Bezirke, 60 B und C geteilt werden. Das Kollegium beschließt demgemäß und wählt als Waisenrat des Bezirks 60 C Herrn Lehrer Kohnhaas, als Stellvertreter Herrn Lehrer Meißner und als Stellvertreter des Bezirks B Herrn Fabrikant C. Voigt.

Die **Eingabe des Herrn Stadtverordneten Grohmann** in Pulsnitz wegen Petitionierung um Befreiung des Abzuges von einem Fünftel der Gemeindecinkommensteuer für Festbediente (§ 30 der Rev. Städteordnung), beantragen die Ausschüsse auf sich beruhen zu lassen.

Wie der Referent, Stadtv. Rechtsanwält **Sinn** mittelste, sei in den Ausschüssen eine Prüfung des materiellen Inhalts der Petition unter Hinweis auf die Landtagsverhandlungen über diesen Gegenstand unterblieben. Dadurch, daß eine Prüfung der einschlägigen Paragraphen durch die Regierung erfolgen soll, werde das erreicht, was die Petition wolle. Ein größerer Druck könnte auf die Regierung nicht ausgeübt werden, auch wenn sich Leipzig dieser Petition anschließen würde.

Stadtv. **Lee** man findet, daß die Angelegenheit in den Ausschüssen eine Behandlung erfahren habe, wie sie im Kollegium nicht üblich sei. Er beantragt Zurückverweisung an die Ausschüsse zur nochmaligen Beratung.

Stadtv. **Pollender** erhebt Einspruch gegen die Ansicht des Vorstehers, wonach die Ausschüsse das Recht haben sollen, darüber zu entscheiden, ob sie zu dem materiellen Inhalt von Petitionen Stellung nehmen wollen oder nicht. Dadurch könne das Petitionsrecht überhaupt illusorisch gemacht werden. Der Redner beantragt, das Kollegium solle den Verfassungsausschuß beauftragen, die Frage zu prüfen,

ob es in die Hand der Ausschüsse gegeben sei, eine zur Geschäftsordnungsmäßigen Behandlung verriefene Eingabe auf ihren materiellen Inhalt zu prüfen oder nicht. Im übrigen verweist der Redner darauf, daß es sich hier wieder einmal um die Aenderung eines landesgesetzlichen Zustands handle. Diesmal habe man sich ohne weiteres für kompetent erklärt, während man kürzlich bei einem ähnlichen Falle (Landtagswahlrecht) anderer Meinung war.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag **Lee** man gegen 20 Stimmen angenommen, während der Antrag **Pollender** gegen etwa ebensoviele Stimmen abgelehnt wurde. Damit hatte sich der Antrag der Ausschüsse erledigt.

Zugestimmt wurde dem **Verkauf** des an der Ecke der Götschen- und Frommstrasse gelegenen Bauplatzes zum Preise von 46 000 Mk., das sind 78,97 Mk. pro Quadratmeter, sowie dem Ankauf der an der Bügnerer Straße gelegenen, aus ehemaligem Vorgartenareal gebildeten Parzelle Nr. 176 von etwa 95 Quadratmeter Fläche zum Preise von 6 Mk. pro Quadratmeter, zu Lasten des Stadterweiterungsfonds.

Beim **Specialbudget** des Städtischen Krankenhauses zu St. Jakob wünscht der Referent, Stadtv. Dr. **Sonnenkalb**, daß bei Aufnahme von Kranken der Aufnahmearzt stets zur Stelle sei, daß bei Abwesenheit der Oberärzte die Assistenzärzte anwesend sein sollten, und daß gewisse Teile des Krankenhauses vom klinischen Unterricht verschont bleiben sollen.

Stadtv. **Pollender** wünscht seitens des Rats eine nachdrückliche Hinterrückung auf strenge Einhaltung der Bestimmungen des Krankenhauses betr. die Sektion Verstorbener. In einem vom Redner näher erläuterten Falle ist die Leiche eines achtzigjährigen Mannes geöffnet worden, obwohl sich die Angehörigen rechtzeitig gegen die Deffnung erklärt hatten.

Bürgermeister Dr. **Dittrich** versichert, daß den Wünschen der Angehörigen der im städtischen Krankenhaus Verstorbenen nach dieser Richtung aufs strengste Rechnung getragen werde. Der erwähnte Fall könne nur auf einem Versehen beruhen. Die Wünsche des Referenten werde der Rat in wohlwollender Erwägung ziehen.

Das **Specialbudget** sowie dasjenige des Krankenhauses zu **L. Magwitz** wurde darauf einstimmig genehmigt.

Ueber den Entwurf des ersten Teils der abgeänderten **Ortsbauordnung**, die durch das neue sächsische Baugesetz notwendig geworden ist, referierte Stadtv. Dr. **Roth**. Dem Kollegium sind von der besonderen Kommission zu diesem Teile der Ortsbauordnung insgesamt 29 Änderungsanträge zugegangen. Der Referent drückt nach Begründung dieser Anträge noch den Wunsch aus, daß die Angelegenheit baldigt ihre Erledigung finden und in kürzester Zeit auch der zweite Teil der Ortsbauordnung an das Kollegium gelangen möge.

Nach einer längeren Debatte, wobei u. a. Stadtrat Dr. **Wangemann** den Ausschüssen für die schnelle und eingehende Besprechung dankt, werden die Anträge sämtlich angenommen.

Bei **Conto 31, Gebäude**, beantragen die Ausschüsse mehrere Aenderungen, in der Hauptsache Herabsetzungen der verschiedenen Ausgaben. Die Anträge werden von Herrn Baumeister **Rost** begründet.

Stadtv. **Ryffel** wünscht eine Ausbesserung des alten Rathauses, während Stadtv. **Emil Seyferth** das Zeizer Thorhaus unrentabel und unschön findet und den Umbau oder den Verkauf desselben anregt.

Auf eine Anfrage des Stadtv. **Räppler** erwidert Herr Stadtrat **Scharrenberg**, daß die auf städtischen Gebäuden befindlichen **Wigableiter** regelmäßig revidiert werden.

Sodann wurde das **Conto** genehmigt.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die **Rückübernahme** des Rates auf die Anträge des Kollegiums zum **Specialbudget** **Polizeiamt** betr. die Anstellung eines weiteren Beamten.

Stadtv. **Ryffel** führt hierzu aus, daß die Ausschüsse gegen vier Stimmen beschlossen haben, bei dem alten Beschluß stehen zu bleiben. Die Ratsvorlage enthalte keine neuen Gründe. Die Ausstellung von Radfahrkarten, die nach einer Statistik des Polizeiamts in den letzten vier Monaten eine recht minimale gewesen sei, lasse sich sehr gut von Hilfsarbeitern bewältigen. Die Einrichtung bestehe erst ein Jahr und man sei keineswegs sicher, ob sie auch von Dauer sei. Für dieses Jahr müsse das Polizeiamt mit einem Beamten, der neu bewilligt sei, auskommen.

Polizeidirektor **Breit** schneidet glaubt aus den Ausführungen des Referenten entnehmen zu können, daß das Kollegium im nächsten Jahre bereit sei, einen weiteren Beamten zu bewilligen. Man dürfe sich aber nicht wundern, wenn in diesem Jahre die Position der Hilfsarbeiter überschritten werde. Der Redner glaubt nicht, daß eine Aenderung in der Verordnung bezüglich der Radfahrkarten eintreten werde, weil nach seiner Information die Initiative zu der Verordnung nicht von der sächsischen Regierung, sondern von Berlin ausgegangen sei.

Nachdem sich der Referent noch gegen die Ansicht wendet, daß das Kollegium im nächsten Jahre einen weiteren Beamten ohne weiteres genehmigen werde, wird dem **Ausschussantrag** entsprechend gegen 7 Stimmen beschlossen, bei der **Ablehnung** stehen zu bleiben.

Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

**Leipziger Angelegenheiten.**

Leipzig, 6. März.

Das **Leipziger Wohnungsprojekt** scheint endlich seiner Verwirklichung wieder ein Stück näher gekommen zu sein. An dem vor Jahr und Tag zu stande gekommenen Erbbaubauvertrag hatte das Ministerium, das bekanntlich das Unternehmen aus Mitteln der Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen betreiben soll, verschiedene Ausbesserungen zu machen. Es mißte deshalb zwischen dem Rate der Stadt und der Gemeinnützigen Baugesellschaft aufs neue verhandelt werden. In seiner gestrigen Plenarsitzung genehmigte der Rat den neu abgeschlossenen Erbbaubauvertrag, für den aber nun nochmals die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen ist.

Das **„notleidende“ Leipziger Elektrizitätswert** wird ihren Aktionären für das vergangene Jahr eine Dividende von 5 $\frac{1}{2}$  Prozent abwerfen. Der Stromkonsum hat gegenüber dem Jahre 1900 eine Erhöhung um 9,9 Prozent erfahren, und zwar umfaßt die an die Konsumenten nutzbar abgegebene

Energie 9 728 041 Kettowattstunden für Licht und 6 564 875 Kettowattstunden für Kraft, zusammen 16 293 016 Kettowattstunden (excl. des Eigenbedarfs des Werkes). Der Gesamtverbrauch der bis jetzt ausgeführten Anlagen und sonstigen Anschaffungen beziffert sich auf 4 478 244,77 Mk. Das 1901 er Bruttoerträgnis, von dem dem Konzessionsvertrage gemäß 16 $\frac{1}{2}$  Prozent an die Stadt Leipzig abzuführen sind, beläuft sich auf 804 137,35 Mk. Die außer den Pachtbeträgen von zusammen 22 500 Mk. für die Grundstücke der beiden Stationen an die Stadt Leipzig für das Jahr 1901 bezahlten bzw. noch zu bezahlenden Konzessionsabgaben betragen 134 022,89 Mk.

Die **Generalversammlung der Leipziger Hypothekendarbank** fand heute vormittag 10 Uhr im Saale der neuen Börse statt. Der Bericht der Verwaltung giebt den Verlust der Leipziger Hypothekendarbank bei der Leipziger Bank auf 2 136 145,71 Mk. an. Dieser soll durch 40-prozentige Abschreibung in Höhe von 854 458,28 Mk. exkl. der voraussichtlich 60-prozentigen Konkursdividende der Leipziger Bank wieder gedeckt werden. Die Versammlung erteilt der Verwaltung die beantragte Entlastung und beschließt, 250 497,37 Mk. zur Verteilung zu bringen, davon 3 Prozent Dividende und 25 497,37 Mk. zum Vortrag auf neue Rechnung.

Die **Generalversammlung** wählte an Stelle der ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieder Bankdirektor **Hermann** und Architekt **Käppler**. Ein Antrag auf Regreßklage gegen **Sachsenröder** und **Dobel** wurde, weil nicht rechtzeitig gestellt, zurückgewiesen. Anwesend waren 27 Aktionäre mit 1171 Stimmen.

Die **Generalversammlung der Leipziger Kredit- und Sparkasse** wurde heute vormittag 10 Uhr im Kaufmännischen Vereinssaal eröffnet. Der Vorsitz führt Justizrat **Langheim**. Die Versammlung ist außerordentlich zahlreich besucht. Die Präsenzliste ergibt 394 Aktionäre mit 1526 Stimmen und 5 652 000 Mk. Aktienkapital. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: **Berlesung** des Jahresberichts, der bereits bekannt ist und mit 1 520 539,40 Mk. Verlust abschließt, beantragt der Vorsitzende die Genehmigung der Bilanz und die Entlastung des Vorstandes. Zum Tagesordnungspunkt **Zusammenlegung** des Aktienkapitals, wird mitgeteilt, daß die geforderte Zusammenlegung und die Ergänzung des reduzierten Grundkapitals auf 10 Millionen notwendig sei als Grundlage gegenüber den bestehenden Verpflichtungen und sodann als Betriebskapital. Der Bericht der Verwaltung spricht die Erwartung aus, daß das Geschäftsergebnis schon im nächsten Jahre ein erfreuliches sei und den Kurs der Aktien aufs neue befähigen werde.

Es wird beantragt, eine Kommission zu ernennen, welche den jetzigen Stand der Bank gründlich prüfen soll. Ferner die Punkte 2-6 von der Tagesordnung abzulesen, also dem Vorstände keine Entlastung zu erteilen, sowie die Beschlußfassung über die Sanierung bis nach der Revision hinauszufchieben.

Die Versammlung verläuft außerordentlich erregt und dürfte selbst bis in die späte Nachmittagsstunde dauern.

Der **Kaufvertrag über das neue Bankgebäude** am Königplatz ist nunmehr perfekt geworden. Die Kontraktverwaltung der Leipziger Bank hat das Gebäude an die Deutsche Bank abgetreten.

Zum **Leipziger Centralbahnhofprojekt** wird entgegen anderen Meldungen mitgeteilt, daß der notwendige Vertrag zwischen der sächsischen und preussischen Eisenbahnverwaltung noch nicht zum Abschluß gekommen sei.

**Ankündigung eines neuen Antrages auf Einführung des 8 Uhr-Adenschlusses** werden demnächst die beteiligten Gewerbetreibenden zur Feststellung darüber, ob die erforderliche Mehrheit vorhanden ist, zur Erklärung aufgefordert werden, ob sie für oder gegen die Einführung des 8 Uhr-Adenschlusses stimmen. Voraussichtlich werden nur diejenigen Geschäftsinhaber zur Abstimmung zugelassen werden, die sich durch Vorlegung eines Gewerbeanmeldescheines auszuweisen vermögen. Wir machen hierauf alle Beteiligten besonders aufmerksam und empfehlen, sich gegebenenfalls ein Duplikat von dem Anmelde-scheine anstellen zu lassen, oder aber, falls die gemäß § 14 der Reichsgewerbeordnung vorgeschriebene Anmeldung überhaupt noch nicht geschehen sein sollte, sofort die Anmeldung (am besten mündlich) bei dem Gewerbeamt, Brühl 80, 2. Obergesch., zu bewirken, worauf die Ausstellung eines Gewerbeanmeldescheines gemäß § 15 Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung erfolgen wird.

Die **Abholung der Zeitungsgelder durch die Briefträger** in den Wohnungen, Geschäftsräumen u. d. Postbesitzer für die für das zweite Vierteljahr 1902 bei der Post zu bestellenden Zeitungen und Zeitschriften findet in der Zeit vom 15. bis 25. März statt. Das Bestellpersonal wird sich darauf beschränken, die bisherigen Bezüge unter Vorzeigung der Bestellzettel zu fragen, ob der Weiterbezug der auf diesen eingetragenen Zeitungen erwünscht ist, und wird bejahendenfalls die hierfür zu zahlenden Beträge entgegennehmen. Ueber den eingezogenen Gesamtbetrag quittieren die Briefträger auf den von den Bestellzetteln abzutrennenden und den Bezüglern zu behaltenden Quittungsabschnitten, welche der Postbehörde gegenüber einen vollständigen Beleg für die erfolgte Zahlungsleistung bilden. Um den Wünschen der Bezüglern auf Erteilung ausführlicher Quittungen bei Einziehung der Zeitungsgelder durch die Briefträger zu entsprechen, werden auf der Vorderseite der Quittungsabschnitte Bezugszettel, Name des Bestellers, Benennung der einzelnen Zeitungen sowie Betrag des für jede Zeitung erhobenen Bezugs- und Bestellgeldes angegeben sein. Wird ein Bezüglern durch den Briefträger nicht angetroffen oder ist aus sonstigen Gründen die Einziehung bei der ersten Vorzeigung nicht angängig, so wird die Vorzeigung wiederholt, sofern nicht bei dem ersten Einziehungversuche die Erneuerung der Zeitungsbestellung endgültig abgelehnt worden ist. Die Eintragungen der Namen von Zeitungen, welche ein Besteller nicht wieder bestellen will, können von ihm oder dem bestellenden Boten im Bestellzettel gestrichen werden. Wünscht ein Bezüglern noch andere Zeitungen, als im Bestellzettel vermerkt sind, zu bestellen, so können diese Zeitungen von ihm oder dem Briefträger im Bestellzettel vermerkt werden. Derartige Bestellungen dürfen die Briefträger aber nur unter dem Vorbehalt der nachträglichen Prüfung durch die Postanstalten annehmen. Das Publikum kann auch die Einziehung von Zeitungsgeldern bei der Postanstalt schriftlich beantragen. Für derartige Bestellschreiben oder Bestellscheine, die in die Briefkästen eingelegt oder den bestellenden Boten mitgegeben werden können, wird eine Gebühr nicht erhoben.

In der **ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode** kamen 17 Sachen zur Aburteilung, die 25 Personen betrafen, wovon 2 freigesprochen wurden. Es hatten sich zu verantworten: wegen Sittlichkeitsverbrechens in fünf Fällen 10 Personen, wegen Brandstiftung in drei Fällen drei Personen, wegen Meineids in zwei Fällen zwei Personen, wegen der



kräftigen Bankrotts und Beihilfe dazu in zwei Fällen fünf Personen, wegen Urkundenfälschung in einem Fall eine Person, wegen Raubes eine Person, wegen Mordbestellung eine Person, wegen Totschlags eine Person und wegen versuchter Tötung ebenfalls eine Person. Die insgesamt ausgeworfenen Strafen belaufen sich auf 29 Jahre Zuchthaus und 20 Jahre und ein Monat Gefängnis.

Ein bedenklicher Unfall betraf heute vormittag ein Geschirr, das zur Ausfüllung des neben dem Rohrreiche befindlichen Wasserloches Erdreich angefahren hatte. Das Geschirr war dem Rande des Loches zu nahe gekommen, so daß der Wagen hinabstürzte und die davor gespannten Pferde mit in das Wasser hineinfiel. Es gelang, die Pferde im Wasser von dem Wagen abzulassen und wieder aufs Trockene zu bringen.

Große Diebstähle. Einem Kaufmann in der Nordvorstadt sind von seinem 23jährigen Gehilfen nach und nach aus dem Geldschrank Geldbeträge in Gesamthöhe von mehreren Tausend Mark gestohlen worden. Der uneheliche Handlungsgehilfe wurde in Haft genommen. Ein Teil des gestohlenen Geldes konnte dem Prinzipale noch gerettet werden.

Kleine Polizeinachrichten. Verhaftet wurde die 35 Jahre alte, aus Eberitz gebürtige Ehefrau eines Maschinenisten, weil sie aus Hofräumen der Südstraße Wäsche von den Trockenseilen stahl, sowie ein 45 Jahre alter Arbeiter aus Borna, der in einem Lokal der inneren Stadt ein Kleidungsstück entwendet hat.

Wegen eines Stillschließungsvergehens erfolgte die Festnahme eines wegen solcher Vergehen schon vorbestraften 89 Jahre alten Holzbildhauers aus Eberitz.

In der Nacht zum 4. März ist einem Herrn während einer Prospektfahrt die Uhr, eine goldene Herren-Remontoir-Savonette im Werte von 240 Mk., abhanden gekommen.

In den geistlichen Morgenstunden wurde in einem Restaurant der Gottschalkstraße ein Einbruch verübt. Der Dieb entwendete einen Geldbetrag, 850 Stück Cigarren, 8 Spiele Karten und beraubte auch außerdem mehrere Automaten ihres Wareninhalts.

Aus einer Wohnung der Blumenstraße in L.-Gohlis wurde eine silberne Brosche mit Goldfassung, ein silbernes Kreuz, ein goldener Ring mit rotem Steine, eine goldene Uhrkette und ein Dreibreit gestohlen.

In Lindenau stahlen Diebe aus einer Marktbude für 80 Mk. Spielwaren.

Durch Einbruchsdiebstahl ist vergangene Nacht aus dem Comptoir einer Buchdrucker in der Hospitalstraße ein Geldbetrag von 86 Mk. entwendet worden.

Schneefeld. Ueberfahren wurde gestern Abend in der 8. Stunde hier in der Weststraße ein Geschirrführer R. von einem Fleischergeschirr über Brust und Bein. Der Verunglückte wurde schwer verletzt in seine Wohnung in der Dimpfstraße gebracht.

Von Nah und Fern. Verhafteter Mörder. Stuttgart, 5. März. Der Mörder der vor drei Monaten in den königlichen Anlagen ermordet aufgefundenen Modellschneiderin Babette Birch wurde in Kirchheim in der Person des 7 Jahre alten, aus Stuttgart gebürtigen Mechanikers Ludwig Gerster verhaftet. Gerster, ein früherer Inhabler der Ermordeten, hat bereits ein volles Geständnis abgelegt.

Erdböße in Italien. Rom, 5. März. In mehreren Dörfern der Provinz Lucca wurden starke Erderschütterungen verspürt. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen. Der Schaden ist gering; die erschreckte Bevölkerung hat die Häuser verlassen. Leichtere Erdböße werden auch aus Florenz und Ferrara gemeldet.

Lezte Nachrichten. Washington, 5. März. Während der Unterredung mit dem Staatssekretär Hay beklagten sich die Burenbelegierten über die Verschiffung von Pferden, Maultieren und Lebensmitteln nach Südafrika. Der Staatssekretär ging ausführlich auf die Sache ein und führte Autoritäten und Präcedenzfälle an, nach denen feststehe, daß keine Behörde Amerikas in der Lage sei, amerikanischen Farmern zu verbieten, Erzeugnisse ihres Ackerbaues oder ihrer Viehzucht nach irgend einem Teil der Welt hin zu verschiffen. Der Staatssekretär führte weiter aus, daß die Haltung der Regierung gegenüber der südafrikanischen Frage streng neutral gewesen sei, und daß die Regierung nichts getan habe, um die Verschiffung von Gütern für die Buren zu verhindern.

Ankunft in Rechtsfragen. 3. Haftstr. 1. Sie müssen gemeinschaftlich mit Ihrer Braut auf dem Heftigen oder demjenigen Standesamt, wo die Trauung stattfinden soll, Ihr Aufgebot beantragen. 2. Geburtschein und noch ein anderes Ausweispapier. 3. Ehesch.

M. S. 1. Der Vertrag ist gültig. 2. Ja; er kann zum Offenbarungseid getrieben werden. 1000, 44 A. Ja; Auslandspaß, der vom Passbureau des Reichsamt in der Wächterstraße ausgestellt wird.

A. B. 1. Es muß zunächst der Ausweis ermittelte und dann Klage angehängt werden. Handelt es sich um Schwindel, kann die Kriminalpolizei zur Verfolgung angerufen werden. 2. Die

Frau kann beim Arznenamt ein Arznenzeugnis für die Klage beantragen. 3. Als Arznenunterstützung gilt das Zeugnis nicht. R. B. Dresdener Straße. Die Frau kann einen angemessenen Betrag als Vergütung für die Pflege einklagen.

Theaterveranstaltungen. Neues Theater. Donnerstag den 6. März: 82. Abn.-Vorstellung (2. Serie, rot): Die größte Sünde. Drama in 5 Akten von Otto Ernst. Regie: Ober-Regisseur Adler.

- August Wöhlers, Großkaufmann. Fr. Borchardt
Christine Wöhlers, seine Frau. Fr. Meigel
Magdalene, Begehrts Braut. Fr. Laue
Freih. Wolfgang Wehring. Fr. Hensgen
Pastor Meiling. Fr. Zaeger
Pastor Rosenfeldt. Fr. Bruner
Julius Weber, Comptoirist und Mitglied eines Mäglichkeitsvereins. Fr. Walter
Emilie Stebeling, Vorsteherin einer höheren Töchter-Schule. Fr. Felsel
Dr. Edwin Scharr, Arzt. Fr. Gralchen
Stein, Schneidermeister. Fr. Dänfeler
Schwester Aemgert Hoberg. Fr. Ditt
Kloppsch, Zeitungsträger. Fr. Wande
Ein Bote der Paketpost. Fr. Frost
Ein Diener bei Wöhlers. Fr. Schmiedeke
Frlba, Dienstmädchen. Fr. Scholz
Kinder, Spielkameraden Frelens (hinter der Scene). Fr. Dreton
Ort der Handlung: Eine mittelgroße deutsche Residenz. Zeit: Die Gegenwart. Pause nach dem 3. Akt. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 1/2, 10 Uhr. Schausp.-Preise. Spielplan: Freitag: Kannhäuser. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Flachsmann als Erzähler. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater. Donnerstag den 6. März: Zum erstenmal: Das süße Mädel. Operette in 3 Akten von Alexander Landberg und Leo Stein. Musik von Heinrich Reisinger. Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Kapellmeister Meyer.

- Graf Waldwin Liebenburg. Fr. Franz Groß
Lizzi, seine Nichte. Fr. Kiehlung
Graf Hans Liebenburg, sein Neffe. Fr. Sturmfeld
Lola Winter. Fr. Siegmund-Wolff
Florentin Liebsch, Maler. Fr. Sulfall
Freih. Wehring. Fr. Linda
Prosop. Kewny, Sekretär des Grafen Liebenburg. Fr. Felne
Anatole. Fr. Bärwinkel
Max. Maler, Freunde des Hans. Fr. Scholz
Frelig. Fr. Weichhorn
Lizzi. Fr. Molah
Ritty. Fr. Saria
Klapper, Diener des Grafen Liebenburg. Fr. Dreiner
Zeit: Gegenwart. — Ort der Handlung: 1. Akt bei Graf Hans in Wien. 2. u. 3. Akt auf dem Gute des Grafen Liebenburg in Ober-Ostereich. Pause nach jedem Akt. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende 10 Uhr. Gew. Preise. Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr. Billet-Vorverkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr. (Gedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 80 Pfg. Aufgeld.) Spielplan: Freitag: Im welschen Käst. Anfang 7/8 Uhr. — Sonnabend: Das süße Mädel. Anfang 7/8 Uhr.

Carola-Theater. Donnerstag den 6. März: 6. Gastspiel von Ernst von Wolzogen's Buntem Theater (Das Ueberbreitl).

Aina Karbanell, Lieder und Couplets. Olga Woblschütz, Vortrag moderner Dichtungen. Dora Dorjay, Couplets und Lieder. Otto Friehner, Moderne Dichtungen und Gesänge. Paul Stampa, Lieder und Couplets. Fr. Volken Lassen, Internationale Straßensängerin. E. Freilker v. Wolzogen, Vortrag eigener und fremder Dichtungen. Marcel Salzer, Recitator. Dora Dorjay und Paul Stampa: Duette. Duetteksten und Parodien, Komödien und Panderelen. Franz Kessner, Recitation moderner Dichtungen. — Am Klavier: Ludwig Mendelssohn. Aus dem Gesamt-Repertoire des Buntens Theaters wird das Programm für jede Vorstellung in zwangloser Weise gewählt. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Erhöhte Preise.

Bersammlungs-Kalender. Donnerstag: Textilarbeiter. Salet Hof in Gohlis. Abends 8 Uhr. Naturgelehrten Verein. Wilsener Hof, Klotzengasse. Abends 7/8 Uhr. Freitag: Textilarbeiter. Schloß Lindenau, Lindenau. Abends 7/8 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten. Freitag: Speiseanstalt I (Johannplatz): Kartoffelst. u. Erbsen mit Schöpfensf. Speiseanstalt II (Rosentalgasse): Sauerkraut u. Kart. mit Pöselkeiss.

Adressen der Austräger der Leipziger Volkszeitung. Leipzig: Frau Ebner, Webergasse 5, III. Herr A. Franke, Ellenstraße 4, v. Frau Friedemann, Körnerstraße 28, S. II. Hartung, Kochstraße 18, S. I. L. Hempel, Körnerstraße 40, S. Mitte. W. Rüdterich, Südstraße 25, Hof I. I.

Leipzig: Frau Depping, Turnerstraße 21, S. III. Lepner, Köstnerstraße 10, I. Noack, Inselstraße 7, Sg. II. Frau Hermann, Sophienstraße 40, IV. Frau Wiesel, Plagwitz, Zehnstraße 48, I. Otto, Lützowstraße 46, part. W. Richter, Wächterstraße 26, IV. Bertha Müller, Marktballenstraße 12, IV. Schuster, Südstraße 63, IV. A. Simon, Berliner Straße 24, IV. E. Simon, Mittelstraße 19, S. part. Starke, Körnerstraße 18, Sg. II.

Anger: Frau Wllig, Bernhardtstraße 27, I. Decha: Herr Paul Singer. Wllig-Ehrenberg: Frau Zettner. Wöbber: Herr Müller. Brandis und Kämmerel: Herr R. Noack, Kämmerel. Connewitz: Herr R. Prior, Bornalsche Straße 17, III. Gröbern: Herr Plüny. Großewitz: Herr Kulle. Döblich: Herr Gottfr. Buchkamp. Döblich: Herr Franz Dieblich, Probstfeldener Straße 14, S. I. z. Eilenburg: Herr A. Jädel, Ederstraße 10. Engeldorf: Herr Wilhelm. Entsch: Frau Wierisch, Lindenstraße 30, III. Gylstra: Herr Weidert. Gylstra: Herr Schveier. Gylstra: Frau Schenk, Dehnscher Weg Nr. 74. Gylstra bei Mütha: Herr Joachim. Gohlis: Herr G. Müller, Dorotheenstraße 12, part. Grimma: Herr Gustav Erbe, Pappisches Thor 5, pt. Grotzsch: Herr H. Hellmann, Wiesenstraße 245. Großdenen: Herr Schäfer. Großschöcher: Herr G. Fied, Mühlentstraße 18. Hänichen: Herr A. Bräutigam, Nr. 43a. Holzhausen u. Judelhausen: Herr Herm. Voigt in Holzhausen, Nr. 14a, I. Kleinshocher: Herr R. Peter, Plagwitz Straße 5, III. Knauffenberg: Herr Ernst Diebing. Kitzschau bei Eilenburg: Herr Paul Feusch, Lagerhalter. Leutzsch: Herr Friedr. Stoye, Grenzstraße 1. Liebertsdorf: Herr A. Wölter, Leipziger Straße. Lindenau: Frau Auguste Weher, Tauchstraße 21, III.

W. Juchst, Wettinerstraße 90, II. W. Juchst, Josophstraße 24. Luz, Goethestraße 11, I. N. Dittsch, Mittelstraße 29, I. Amalie Taubert, Hohe Straße 12, I. S. Jeller, Mittelstraße 18, III. Herr Guido Böttcher, Hellmuthstraße 20, III. z. Abtzig: Herr B. Hiesche, Bornalsche Straße 7. Bismarck: (s. Hänichen). Marktseeberg: Herr Rich. Schröder. Marktseeberg: Herr B. Müller, Lügner Straße 5, I. Modau: Frau Fr. Mödel, Alt-Modau 34. Mordelwitz und Pöplitz: Herr S. Wölter in Mordelwitz. Mordern: Frau Wanschnitz, Rischbergstraße 11. Mordern u. Juelmannsdorf: Herr Adolf Schneider. Mügeln: Herr Arthur Scherwada. Naunhof: Herr A. Birker, Gartenstraße, Konsumverein. Neurenditz: Frau U. Fraß, Karolstraße 5, part. Neuselshausen: Frau Wange, Wurgener Straße 44, S. I. Biesold, Lorgauer Straße 34, IV.

Neustadt: Frau Börner, Luthergasse 4, IV. S. Kühnast, Mariannestraße 86, I. Kemmer, Heubergstraße 12b, I. Oschag: Herr A. Stephan, Badergasse 1. Oesch: Herr Julius Schmidt, Mittelstraße 87, I. Plagwitz: Herr P. Walter, Wilsenerstraße 44, II. Paunsdorf: Frau Hoyer, Dresdener Straße 181, III. Pegau: Herr C. Reinsdorf, Mühlweg. Pöplitz: Herr Wetzlar. Probstfelda: Frau E. Matzild, Grimmalische Straße 31. Reudnitz: Frau O. Rauchmann, Taubchenweg 60, I. R. Richter, Senefelderstraße 21. Theresie Seibig, Reudnitz, Wabelbergstr. 12, Sg. II. Schanditz: Herr W. Böhm. Schöna: Herr Höhr. Schnefeld: Herr Max Ertel, Südstraße 24, III. Frau Meje, Hauptstraße 36, III. Strähm, Kurze Gasse 1. Selterhausen: Frau Rehnede, Aunenstraße 8, III. Siegel, Eblischstraße 21, II. Vartel, Anger, Wurgener Straße 14, II. Herr Alfred Folge, Neuselshausen, Wurgener Str. 57, pt. Stahmel: Frau Werner, Nr. 10, I. r. Stöteritz: Herr M. Böhm, Schulstraße, Konsumverein, II. I. Stütz: Frau E. Heister, Grenzstraße 1, II. Taucha: Herr R. Richter, Kirchgasse 71. Thelma-Blößen: Frau Lehmann, Nr. 9a, II. Thonberg: Herr E. Trolsch, Reichenhainer Straße 64, IV. Volkmarisdorf: Herr A. Geuer, Lindwigtstraße 104, v. Frau Dörwald, Wilsenerstraße 44, I. W. Krieger, Wilsenerstraße 38, II. Schliebe, Kirchstraße 32, III. W. Krause, Schulstraße 18, part. Früllich, Selterhausen, Brandlfer Straße 12, II.

Wahren: Frau W. Herzog, Hauptstraße 21, I. Wilsenerfeld: Herr J. Wartenberg. Wurgener: Herr August Dieck, Duerstraße 9. Wöblich: Herr Bach. Wöblich: Herr Karl Heine. Wöblich: Herr R. Welland, Schulgasse.

Freundliche Schlafstelle offen. Kleinshocher, Baummannstraße 12, II. r. Schlafstelle f. Mädchen zu vermieten. Eilenburgstr. 24, S. p. r. z. Fröb. Schlafstelle für Mädchen zu vermieten. Lind., Wettinerstr. 71, I. r. Kl. Wohnung i. d. Westvorstadt 3. 1./7. gesucht. Off. M. T. 189 postl. Plagwitz.

Familienanzeigen. Dem Maler Ernst Forkel grat. z. f. 34. Geburtstag. Nun rate mal. Gustav Meyer soll leben u. seine liebe Martha daneben. Familie Meyer. H. Willy Jahn z. f. h. Wiegensie ein dreimaliges Hoch. Bruder Hans. Fr. Minna Wache soll leben. Der Strumpfföhlenklub. Frau Emilie Schulze soll leben und ihr Heinrich daneben. Unf. I. Mutter Emilie Schulze grat. z. Geburtst. B. R. Nr. R. E. F. S.

Extrablatt dieser Nummer: Von der Firma Leipziger Konsumverein-Gesellschaft, S.-Lindenau, am Markt, ein Prospekt für die Abonnenten im Westen Leipzig.

Heute frischgeschlacht. Rossfleisch. G. Köpfe, Klotzsch., Lutherstr. 14. Pferde zum Schlachten kauft D. O.

Käufe und Verkäufe. Produkt-, Milch- u. Grünw.-Geschäft bill. L. 7 an, Luftschluchtische Fahradmäntel v. 77 an, Luftschluchtische 21. 4.50 u. 5.—. Humboldtstr. 88.

Sweaters! Einen großen Posten Herren- und Knaben-Sweaters nied. unter Versteigerungpreis, auch im einzeln, ab die Fabrik Weststr. 67, pt. Comptoir. P. S. Schön von A. 1.25 in Derengrößen ab. Für Wiederverkäufer u. Vereine extra billige Preise.

Rot. Bett, 9 A., (s. f. verl. Nordstr. 27, I. I. Neue Ottomane, Bettstelle mit Matratze preisbillig Neustadt, Mariannenstr. 38, II. Guterh. Sofa u. Bettstelle u. Matratze v. u. verl. Volkmarisdorf, Ewaldstr. 9, S. I. Gebr. Sofa, schöne Romane bill. zu verkaufen Obere Münzstr. 21, III. Stüber.

Guterh. Kinderwagen zu verkaufen Lindenau, Wettinerstr. 77, II. r. Fast neuer Kinderwagen zu verkaufen Volkmarisdorf, Ludwigstr. 127, IV. M. Einfacher Kinderwagen, sehr gut, f. 8 A zu verkaufen Bergstr. 30, IV. r. Weidner. Stigwagen für 2 A zu verkaufen Volkmarisdorf, Konradstr. 50, pt. I. Guterh. Stigwagen billig zu verkaufen Volkmarisdorf, Wilhelmstr. 29a, I. I. Guterh. Reform-Kinderstuhl billig zu verkaufen Rantstädter Steinweg 7, IV. r. Schwarzer Gehrock-Anzug zu verkaufen Thonberg, Reichenhainer Str. 104.

Frische grüne Heringe Mäcken, 38 Kirchbergstr. 38. Kräftiger Jugend zu verkaufen Paunsdorf, Dresdener Str. 78. Kanarienvogel, Ged. u. Singbauer bill. zu verk. Volkmarisd., Mariannenstr. 88, III. I. Großer Hechtbauer billig zu verkaufen Fährstr. 10, Trambowstr.

Gebr. Möbel kauft Medrat, Burgstr. 9, I. Vermischte Anzeigen. Lucht. Zimmermann sucht Stellung als Polster. Off. u. G. H. 1a an die Exp. d. Bl.

Sucht einen tüchtigen und verlässlichen Arbeiter, der das Glätten, Säeten und Zurücklassen der Federn vorzuz. versteht. Ferner einen tüchtigen Arbeiter, der das Auswischen und Waschen vollständig und präzis zu arbeiten versteht. Offerte nebst Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche sub Ausland an die Expedition dieses Blattes. [2070]

Dienstmädchen v. Leuten ohne Kinder gesucht. Sophienstraße 5, I. I. Schneiderin empfiehlt sich in u. außer dem Hause. Volk., Ludwigstr. 121, v. I. Sofa, Matratzen sowie alle Polsterarbeiten werden dauerhaft ausgeführt. Volkmarisdorf, Ewaldstraße 9, S. I. Kind tagsüber in Pflege zu geben. Plagwitz, Merseburger Straße 10, p. I. Ehren-Erkennung. Die bel. Neuerung, die ich oben veröffentlichten G. Bismarck gethan, nehme ich hiermit zurück, indem die Sache auf Unwahrheit beruht. Connewitz, 4./8. 02. D. Zelle.

Stahlschreibfeder-Fabrik

Sucht einen tüchtigen und verlässlichen Arbeiter, der das Glätten, Säeten und Zurücklassen der Federn vorzuz. versteht. Ferner einen tüchtigen Arbeiter, der das Auswischen und Waschen vollständig und präzis zu arbeiten versteht. Offerte nebst Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche sub Ausland an die Expedition dieses Blattes. [2070]

Dienstmädchen v. Leuten ohne Kinder gesucht. Sophienstraße 5, I. I. Schneiderin empfiehlt sich in u. außer dem Hause. Volk., Ludwigstr. 121, v. I. Sofa, Matratzen sowie alle Polsterarbeiten werden dauerhaft ausgeführt. Volkmarisdorf, Ewaldstraße 9, S. I. Kind tagsüber in Pflege zu geben. Plagwitz, Merseburger Straße 10, p. I. Ehren-Erkennung. Die bel. Neuerung, die ich oben veröffentlichten G. Bismarck gethan, nehme ich hiermit zurück, indem die Sache auf Unwahrheit beruht. Connewitz, 4./8. 02. D. Zelle.

Feld pachtweise zu Gartenzwecken billig. Stötteritz, Hauptstraße 23.

Wohnungsanzeigen. Lindenau

Geraer Str. 7; sind Wohnungen von 355 bis 365 Mk. sofort oder später zu vermieten. Offerten unter O. 267 an Postkasten u. Vogler A.-G. Leipzig. 2 feld. Wohnungen, in der I. Sg. gel., im Preise von 230 u. 270 A per 1./4. zu verm. Näh. Städt., Gasthaus Weintraube.

Freundl. Logis billig zu vermieten. Reiffner, Eisenbahnstr. 115 B, im Laden. Kleines Logis z. 1./4. wegzuz. zu vermieten. Lindenau, Hermannstraße 5. Leere Stube zu vermieten. Kleinlich, Albertstraße 20, II. I. Kammer als Schlafstelle zu vermieten. Gohlis, Dorotheenstr. 38, II. I. Fröb. Schlafstelle an anst. Herrn od. Dame zu verm. Thonb., Karolinenstr. 12, I. I. Freundl. sep. Schlafstelle zu vermieten. Neuschönefeld, Neuschäfer Straße 8, II. r.



# Was will

Der Arbeiterführer und was soll er? Der Arbeiterführer will den Arbeiter in den Stand setzen, jederzeit die Geschichte der Partei- und Arbeiterbewegung, soweit sie sich im Rahmen Leipzigs abgespielt hat, nachschlagen und sich über einzelne wichtige Ereignisse informieren zu können. Alle nötigen Kenntnisse über die Organisation der Partei, der Parteivereine, der Bildungsvereine, Gewerkschaften, Genossenschaften und freien Hilfsklassen will der Arbeiterführer vermitteln, jederzeit dem Leser die Möglichkeit geben, sich nicht nur über seine eigene, sondern auch über jede andere Organisation zu unterrichten. Der Arbeiterführer will den Arbeiter über die wichtigsten sozialpolitischen Gesetze, das gewerbliche Recht sowie alle Institutionen unterrichten, die zu seinem Nutz und Frommen geschaffen worden sind. Der Arbeiterführer will ferner, daß der Arbeiter nicht im Alltagsgetriebe achlos an den Stätten der Kunst vorübergeht, sondern sein Auge auch an dem Schönen und Guten in freier Zeit weidet, darum sind die Kunstausstellungen angeführt. Der Arbeiterführer will aber auch die Schönheiten der Natur nicht unbeachtet lassen, deshalb sind eine Reihe schöner Ausflugspartien für den freien Tag angegeben. Kurz, der Arbeiterführer will eine Anregungsquelle auf allen Wirtschaftsgebieten sein, er will den Arbeiter in die Lage setzen, auch die Wirte zu unterstützen, die der Partei, den Gewerkschaften ihre Säle auch für ihre Versammlungen öffnen.

Das will der Arbeiterführer. Darum soll auch der Arbeiterführer ein ständiger Begleiter jedes Arbeiters sein und jeder Arbeiter mühe es als eine Ehrensache betrachten, den Arbeiterführer zu besitzen; ist er doch längst den Arbeitern unentbehrlich geworden.

Der Arbeiterführer für Leipzig und Umgegend 1902 mit dem Bilde des verstorbenen uns unbergelichen Dr. Bruno Schoenlauf erscheint am Sonnabend den 22. März.

Um jedem die Anschaffung dieses durchaus nützlichen und unentbehrlichen Buches zu ermöglichen, ist der Bezugspreis, trotz bedeutender Vermehrung des Inhalts, wie folgt festgesetzt worden:

Preis ohne Karte **30 Pfg.**, nach Wahl mit Karte der Umgegend von Leipzig oder Stadtplan von Leipzig **50 Pfg.** Vereine erhalten den Arbeiterführer bei Bezug von 20 Exemplaren ohne Karte mit 25 Pfg. das Exemplar, mit Karte (auch gemischt) 40 Pfg. das Exemplar.

Bestellungen nehmen schon jetzt alle Austräger und Kolporteurs der Leipziger Volkszeitung, die Buchhandlung der Leipziger Volkszeitung und der Verlag von Mich. Lipinski, Leipzig, Lange Straße 27, entgegen. Die Lieferung erfolgt nach der Reihe der Eingänge. [2154]

**Querstr. 24 Restaurant Wanderer (Inh.: Max Schröter)**  
empfehlen seinen als vorzüglich anerkannten **Wittagsstisch** inkl. Suppe 50 Pfg., ff. Lagerbier von C. B. Haumann, echt bayer. Exportbier. Schöne rauchfreie Gasts- und Frühstückstube. Jeden Freitag **Schlachtfest**, abends frische Gatterschäffeln sowie Sonnabends **Schweinsknochen**. [2870]

**Fortuna, Neuschönefeld.**  
Freitag und Sonnabend  
**Grosses Bockbier-Fest.**  
Sonntag **Kappenball.** Anfang 4 Uhr.  
Es tabel ergebenst ein [2167] **E. Schneider.**

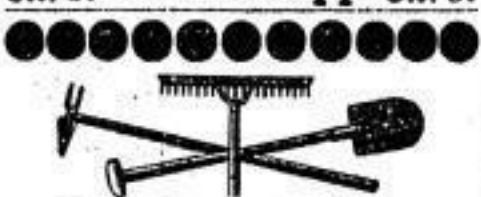
**Konkursmasse-Ausverkauf.**  
Die großen Lagerbestände der Firma **Welger & Lerch** in bunten **Andereschürzen**, **Wirtschafst- und Tändelschürzen**, weißen **Taschentüchern**, bunten **Hemdenbarchenten** und **Normalwäsche** werden **Wochentags im Laden Kolonnenstrasse 9** zu billigen Preisen ausverkauft.  
**Paul Gottschalek, Konkursverwalter.** [1848]

**Konkursmasse-Ausverkauf.**  
Die grossen Warenbestände der **S. Josephschen Konkursmasse** in **Plagwitz**, bestehend in **Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderobe** sowie **Stoffen u. Schuhwaren**, gelangen **Wochentags in L-Plagwitz, Zschocherstrasse 53**, im Laden, zu den von mir festgesetzten billigen Preisen zum Ausverkauf.  
**Paul Gottschalek, Konkursverwalter.** [1988]

**Freunde und Genossen**  
vergeßt den besten Wirt nicht.  
**Rohlands Max, Seeburgstraße 58.**

**Cigarren, Cigaretten**  
und **Tabak** empfiehlt  
**E. Kriebler, L-Plagwitz**  
Hochschule Straße 50.  
NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.

**Tapeten**  
von 10 Biennige an empfiehlt  
Leipziger **Ernst Kopp** Leipziger  
Str. 57 Str. 57



**Gartengeräte.**  
**Sägen, Beile, Hobel**  
**Wasserwagen.**

**Spitz- u. Radehacken.**  
**Schaukeln und Spaten.**  
**Berz. Drahtgestichte.**

**Werkzeuge für Maurer**  
**Bimmerer, Tischler, Schlosser.**

**Möbel- und**  
**Baubeschläge.**

**Alwin Richter**  
**Eisenwarenhandlung**  
Reudnitz, Dresdener Str. 37  
nahe am Rathaus. [791]

**HAMBURGER**  
**SPECIALHAUS**  
für **FAMRRAD-ZUBEHÖR**  
eröffnet  
**Johannisplatz 3**  
neben **Sachsenhot.**  
Enorm billige Preise!  
Grosse Auswahl!  
[120]

**Das Baumwollwaren-Geschäft**  
von **Hermann Kriegel**  
**Plagwitz, Merseburger Str. 23**  
vormals  
**Detail-Verkauf**  
**d. Leipziger Baumwollspinnerei**  
empfiehlt **Barchent**, roh, gebleicht und bunt, **Kessels- und Hemden-tuche**, **Dowlad**, **Belts**, **Betts- und Tischwäsche**, **Damast**, **Zulets**, **Taschen- und Handtücher**, fertige **Herren- und Frauenhemden**, **Schürzen** und **Wäscheleidertstoffe** zu **Fabrikpreisen**.  
Ausstattungen werden in **sorgfältigster Weise** aus-  
geführt. [9718]

**Hermann Baumann**  
**7 Südstrasse 7**  
macht **Freunde u. Genossen** auf seine **billigen**  
solid gefertigten **Arbeits-Anzüge**, **Hilfs-**  
**waren**, **Schuhe u. Stiefel** aufmerksam.  
**Haus- u. Geschäftsw. u. d. Reichsstr. 67**

**Gelegenheitskäufe!**  
Neue u. getr. **Herr- u. Dam.-Garderobe**,  
**Arbeitsach.**, **Schuhe**, **Wäsche**, **Koffer**, **Uhren**,  
**Waffen** etc. **kauft u. verkauft** sowie **Auktionen**  
aller Art **übernimmt** **billigst** **W. Lory**,  
**Lindenau, GutsMuthsstr. 19** (früher  
Leipzig, Al. Pleisberggasse 11). [2146]

**Billig! Billig!**  
**25**  
**Schränke**  
sind einzeln mit 5. u. An-  
zahlung u. wöchentlich 1. u.  
Abzahlung abzugeben.  
**S. Osswald**  
Königsplatz 7, I.  
gegenüber der Markthalle.

**Int. Speisehaus, Lind. Glessorstr. 2.**  
**billig. Mittagst. 1.70 u. 1.70 u.**

# Konfirmation

## Schuhwaren

**Ein Brot umsonst**  
ob. 10 Pfd. Kartoffeln ob. 2 Pfd. Mehl  
ob. 2 Pfd. Quark ob. 2 Pfr. Milch ob.  
3 Pfr. Buttermilch ob. 1/2 Pfd. Eier ob.  
3 Flaschen Bier bei Einkauf von 1 Pfd.  
**Mohra-Butterfett (Pfd. 1 Mk.) bei**  
**Hechts Molk., Raust. Steinweg 26.**

**Fahrrad-Reparatur-Werkstelle**  
**L. Reudnitz, Bergstraße 18.**  
Neue Fahrräder v. 140. u. an mit Garantie.  
Laufdecken v. 7.50 u. an mit Garantie.  
Lager sämtlicher Zubehörtelle.

**Für Frauenleiden**  
**J. H. Gossmann** [1422]  
**Leipzig-Lindenau, Josephstraße 34.**  
**Neugebauer, stud. gebild.,**  
staatl. nicht ge-  
prüft, Praktikant d. Homöopathie u.  
Naturheilmethoden, früher an Dr. Willm.  
Schwabes Poliklinik, behält, u. langj. Erf.  
Geschlechtskrankh., d. H. u. Dr., **Blasen-**  
**Nieren-, Magens-, Darm-, Haut-Leiden**,  
**Krampfadergeschwüre** etc. mit nachweislich  
vorzüglichen Erfolgen. **Reichstr. 33/35**  
Sprechst. 9-2, 5-8, Sonntag 10-11 u. auswärts briefl.

Empfehle meine  
**Damenbinden**  
Gummifäden für **Massage, Wachen-**  
**und Krankenpflege.** [8110]  
**Gilmeraugenhebel. Goldketten für**  
**zahnende Kinder. Preisliste 30 Pfg.**  
**Frau Auguste Graf, Nikolaitraße 4.**

**Mädchen**  
**Schnürstiefel 4<sup>90</sup>**  
**Knopfstiefel 5<sup>90</sup>**  
elegant genäht.

**Knaben**  
**Jugstiefel 4<sup>90</sup>**  
genagelt.  
**Jugstiefel 5<sup>90</sup>**  
elegant genäht.

Unsere Konfirmations-  
Schuhwaren sind auch für  
Damenfüße bis  
zur Größe 38 passend.

Com.-Ges. **Max**  
**Tack**  
**Leipzig**  
**Reichstraße 33/35.**

**Dienstag u. Freitag Schlachtfest**  
von früh 1/7 Uhr an **Wellfleisch.**  
**E. Votters, Läubchenweg 16.**

**Butterhandlung +**  
**Robert Funke**  
Lindenau, Ecke Gundorfer u. Wettlinorstr.  
Täglich frisch eintreffend:  
**Zöllinger Landbutter 58 Pfg.**  
**Rittergutbutter 60 "**  
**Allerfeinste Rolkereibutter 65 "**

**Billige Fische.**  
**Schellfisch ohne Kopf, Pfd. 30 Pf.**  
**Gablau ohne Kopf, Pfd. 30 Pf.**  
sowie alle anderen Sorten

**Seefische**  
zum billigsten Tagespreise

**Deutsche Dampffischerei-**  
**Gesellschaft Nordsee**  
**25 Reichsstrasse 25.**

**Sofort darauf zu warten.**  
Herrnschinken u. **Abfahlfleisch** v. **1.1.90** an  
Damenfleisch u. **Abfahlfleisch** v. **1.50** an  
Kinderfleisch u. **Abfahlfleisch** v. **0.80-1.50**  
Fleischer, **Schuhveränd.** schnell, gut, billig  
Gummizüge 1. u.  
**Dampfschnellschleier Münzstraße 7.**

**Altes Gold** **Reichstr. 33.**  
kauft, höchst. Preisen  
Uhrmacher **Booker**  
Raust. Steinweg 38.

**R. Schaarschmidt**  
**Plagwitz, Karl Heine-Str. 59**  
empfiehlt sein (1800)  
großes **Uhren- und**  
**Goldwaren-Lager**  
zu **Konfirmationsgeschenken.**  
Schnell, Garantie. — **Billige Preise.**

Durch große  
**Bar-Einkäufe**  
bin ich in der Lage  
**Herren- u. Knaben-**  
**Garderobe**  
**Schuhwaren**  
für  
Damen, Herren u. Kinder  
**Hüte, Schirme**  
**Wäsche jeder Art**  
zu noch nie gekannten  
**billigen Preisen**  
abzugeben.  
Dieses günstige Angebot  
wird auch ganz besonderer Beachtung  
bei Bedarf zur  
**Konfirmation**  
empfohlen.  
Für beste Qualitäten lasse ich  
jede Gewähr. [1898]

**J. Joske**  
**Nürnberg Str. 7.**

**Gardinen**  
in weiß und erbsen  
für 1 bis 4 Fenster passend  
statt 4. —, 7. —, 9. —, 12. —  
jetzt 2.50, 4. —, 5.75, 8. —  
kommen in dieser Woche zu ganz  
außerordentlich herabgesetzten  
Preisen zum Verkauf. [2159]

**Hugo Blum**  
Wäsche- u. Ausstattungsagentur  
**9 Reichsstrasse 9**  
part. I. u. 2. Etg.



Reichstag.

158. Sitzung. Mittwoch den 5. März 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Freiherr v. Richthofen.

Ein zweiter Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1901 wird in zweiter Lesung debattelos angenommen. Hierauf wird die zweite Lesung des

Etat des Auswärtigen Amtes

beim Titel Kunststiftstelle für Auswanderer fortgesetzt.

Abg. Graf Arnim (Reichsp.): verteidigt die Kolonialgesellschaft gegen die geistigen Angriffe des Abg. Bebel, daß die deutsche Kolonialgesellschaft parteipolitische Tendenzen verfolge.

Abg. Benzmann (freis. Vp.): In der deutschen Kolonialgesellschaft sind nicht alle Parteien vertreten, sie ist deshalb nicht geeignet, die Organisation der Kunststiftstelle zu übernehmen, da sie zweifellos Werbepolitik für die Kolonien betreiben würde. Außerdem ist die Finanzlage jetzt so ungünstig, daß wir nicht für die Ueberweisung der 80000 Mk. stimmen können.

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen bestritt, daß die deutsche Kolonialgesellschaft einseitige parteipolitische Propaganda betreiben würde.

Abg. Heim (Centr.): Wir können die deutsche Kolonialgesellschaft nicht als unparteiische Stelle für die Uebertragung der Kunststiftstelle anerkennen. Wenn wir jetzt die 80000 Mk. für die deutsche Kolonialgesellschaft bewilligen, so kommt vielleicht im nächsten Jahr der deutsche Flottenverein und fordert von uns gleichfalls eine Unterstützung zur Propaganda für die deutsche Flotte. Mit den 80000 Mk., die jetzt gefordert werden, können wir schon eine große Anzahl Invaliden unterstützen. (Bravo! links und im Centrum.)

Die Abgg. Dabach (Centr.) und Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) erklären sich gegen die Bewilligung der 80000 Mk.

Abg. Gabenitz (Centr.): Wenn man die 80000 Mk. bewilligt, so kann das nur unter gewissen Bedingungen geschehen, die ich in dritter Lesung in einem Antrage formulieren werde.

Nachdem sich Dr. Raab (Ant.) für die Bewilligung der 80000 Mk. erklärt hat, schließt die Diskussion.

Die Regierungsvorlage, welche verlangt, die 30000 Mk. als dauernde Ausgabe in den Etat einzustellen, wird abgelehnt, der Antrag der Kommission, die 30000 Mk. als einmalige Ausgabe zu bewilligen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, freisinnigen Volkspartei und einiger Centrumsmitglieder angenommen.

Beim Kapitel Kolonialverwaltung beschwert sich

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.) darüber, daß ein Feldwebel der Schutztruppen, der im Dienste invalide geworden sei, die ihm zustehende Pension nicht vollständig erhalten habe.

Kolonialdirektor Dr. Stödel erklärt, daß der betreffende Feldwebel aus der Schutztruppe ausgetreten und in das Heer übergetreten sei, die Prüfung und Erledigung seiner Ansprüche also dem Kriegsministerium zuzuführen.

Das Kapitel wird darauf bewilligt. Damit ist das Ordinarium erledigt. Es folgt das Extraordinarium. Für den Afrikafonds werden 200000 Mk. bewilligt. Zum Ankauf der Grundstücke Wilhelmstraße 62 und Mauerstraße 45/46 als Dienstgebäude der Kolonialcentralverwaltung wird als erste Rate 1578000 Mk. gefordert.

Die Kommission beantragt, den Ankauf der beiden Grundstücke unter der Bedingung zu empfehlen, daß der königlich preussische Fiskus den Einbruch von Fenstern in die Korridorwand der bezeichneten Gebäude unter der Garantie gestatte, von dieser Erlaubnis nur aus zwingenden Gründen zurückzutreten, und daß der Gesamtkaufspreis von 2800000 Mk. auf 2500000 Mk. ermäßigt wird. Dann würde die erste Rate auf 1278000 Mk. ermäßigt werden.

Berichterstatter Prinz Arentschewski teilt mit, daß Prinzessin Luise von Hohenzollern, die Besitzerin der Grundstücke, sich mit dem Preise von 2 1/2 Millionen einverstanden erklärt und daß der preussische Fiskus die Bedingung angenommen habe.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) bittet um Ablehnung der Position, da der Preis zu hoch und das Grundstück überhaupt ungeeignet sei.

Abg. Werner (Ant.) tritt für Bewilligung der Summe ein.

Abg. Bebel (Soz.): Der Teil des Grundstückes nach der Mauerstraße zu wird sich bald als unzureichend herausstellen und kostspielige Neubauten erfordern. Das Grundstück ist ganz ungeeignet. Es würde kaum einen Privatkaufinteressenten und ein solcher würde sicher nicht mehr als 1 1/2 Millionen zahlen. In der Wilhelmstraße sind mit Rechtigkeit Grundstücke zu günstigeren Bedingungen zu finden, die für die Zwecke der Kolonialverwaltung besser geeignet sind. Wir werden gegen die Position stimmen.

Abg. Capensky (Centr.) erklärt sich für die Bewilligung der Summe. Die Bedenken des Abg. Bebel seien schon in der Kommission widerlegt worden.

Damit schließt die Diskussion. Auf Antrag Müller-Sagan (freis. Vp.) ist die Abstimmung über den Kommissionsantrag eine namentliche.

Der Kommissionsantrag wird mit 126 gegen 91 Stimmen angenommen. Die Mitteilung des Vizepräsidenten Graf Stolberg-Wernigerode, daß 217 Abgeordnete abstimmten hätten, das Haus also beschlußfähig sei, wird von der Rechten mit Beifall aufgenommen. Der Rest des Etats des Auswärtigen Amtes wird debattelos angenommen.

Es folgt die

zweite Beratung des Kolonialetats,

die mit dem Etat für Ostafrika beginnt.

Abg. Dr. Arentschewski (Reichsp.) nimmt die Neuerungen, die er bei der Erörterung der Luderbriefe über den verstorbenen Kolonialdirektor Dr. Kasper getan hat, auf Veranlassung der Witwe des Verstorbenen zurück, weist es aber auf das entschiedenste ab, daß sein Vorgehen, wie es die Kölnische Zeitung getan habe, irgendwie in Vergleich gestellt werde mit dem Verhalten des Abg. Bebel betreffs des Luderbriefs. Schon Fürst Bismarck habe einmal die Kölnische Zeitung das schäblichste Blatt der Welt genannt und er bitte die Regierung, der Kölnischen Zeitung die ihr bis jetzt noch immer geschenkte Beachtung zu entziehen.

Abg. Baasche (nat.-lib.) nimmt die Kölnische Zeitung gegenüber den Angriffen des Abg. Arentschewski in Schutz.

Damit schließt die Debatte, der Titel wird bewilligt; ebenso eine Reihe weiterer Titel. Es folgt die Staatsposition, die zur Fortführung der Eisenbahn Tanga-Torogwe bis Wombo als erste Rate 1850000 Mk. fordert.

Abg. Dr. Arentschewski (Reichsp.) beantragt, als erste Rate 950000 Mk. zu bewilligen, während die Kommission den Titel ganz bewilligen will. Kolonialdirektor Stödel bittet wenigstens um Annahme des Antrags Arentschewski, wenn der Reichstag nicht die ganze Forderung bewilligen wolle.

Abg. Richter (freis. Vp.): Ich bitte, die Forderung abzulehnen. Wenn wir auch nur die erste Rate jetzt bewilligen, so sind wir doch für den Bau der ganzen Bahn gebunden. Alle Ausgaben, die wir jetzt noch etwa bewilligen, fallen auf eine Erhöhung der Matrikularbeiträge. Das sollten die Herren bedenken.

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen warnt davor, die Arbeiten liegen zu lassen. Die Bahn muß weiter geführt werden, wenn dies auch im langsamen Tempo geschehe.

Abg. Dr. Arentschewski (Reichsp.): Hier wäre eine Sparmaßnahme ganz falsch angebracht. (Wachen links.) Die geforderte Summe ist so gering, daß sie im Etat des deutschen Reiches gar keine Rolle spielt. Wenn wir jetzt unsere ganze Kolonialpolitik vernachlässigen wollten, so könnten wir ja gleich dem Beispiel Hannibal Fischer folgen, der die deutsche Flotte an den Meeresküsten verstreute. (Wachen links.) Ohne Eisenbahnen können wir in unseren

Kolonien nicht aus. Das sollte das Centrum bedenken, das mit uns die Kolonialpolitik gemacht hat, und uns bei diesem Bahnbau nicht im Stich lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Werner (Ant.) spricht sich für den Antrag Dr. Arentschewski aus.

Abg. Richter (freis. Vp.): Wir belasten durch die Bewilligung dieser Bahn das Reich mit einem neuen Defizit von 3-4 Millionen Mark. Schließlich wird auf diese Weise die Einführung einer Bier- und Tabaksteuer unvermeidlich werden. Ist das die Mittelstandspolitik des Abg. Werner. Herr Dr. Arentschewski an anderen Kolonialausgaben sparen. Dann möge er doch sein Versprechen wahr machen, wir stehen ja erst im Beginn der zweiten Lesung des Kolonialetats. (Heiterkeit.) Die Begründung für den Bahnbau, daß Arbeiter beschäftigt werden müssen, ist hinfällig. Es wird immer noch eine Strecke übrig bleiben, wo Bahnen gebaut und Arbeiter beschäftigt werden können. Man hat auf die 24000 Mark Vernerbesteuer verwiesen. Es ist doch kein Wunder, daß sich, nachdem wir Millionen für unsere Kolonien bewilligt haben, einige Gewerbetreibende dort niederlassen. Von Wombo wissen wir kaum etwas. Wir wissen nicht einmal, ob dort überhaupt ein Europäer wohnt. Die Bahn soll, wie ich gehört habe, ja auch dazu dienen, die Reugerde der Eingeborenen zu befruchten, die wissen wollen, wie es an der Küste aussieht. Also eine Bahn gewissermaßen zu Sonntag-Nachmittags-Spazierfahrten! (Große Heiterkeit.) Eine Million ruht zur anderen; dem muß endlich Einhalt gethan werden. (Bravo! links.)

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen bemerkt, daß es sich nicht um eine riesige „Afrikabahn“, sondern nur um eine Bahn von 44 Kilometer handle.

Abg. Hindewald (Ant.): Herr Richter scheint unter Mittelstandspolitik Spielbürgerpolitik zu verstehen. Unsere Kolonien sind sehr wertvoll. Man sollte die deutschen Auswanderer nach dem fruchtbarsten Usambara-Land lenken. Man schaffe in unseren Kolonien kleine Bauernhöfe. (Große Gelächter links.) Leider ist in unseren Kolonien das Großkapital zu sehr beteiligt und macht den Kolonialbesitz zum Gegenstand von Schachergeschäften. Der Abg. Richter als marxistischer Vertreter des Großkapitalismus im Reichstage (Wachen links), hätte am wenigsten Ursache, die Mittelstandspolitik der deutsch-sozialen Reformpartei zu bekämpfen. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Darauf schließt die Diskussion. Die Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Reichspartei, einiger Konservativer und des Abg. Frese (freis. Vp.) abgelehnt. Ueber den Antrag Arentschewski wird auf Antrag Richter namentlich abgestimmt. Es stimmen 218 Abgeordnete und zwar 98 für, 120 gegen den Antrag, der somit abgelehnt ist. Die Position wird nach dem Antrag der Budgetkommission gestrichen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Außerdem Garantievorlage für die ostafrikanische Centralbahn.

32. Sitzung der Zolltarifkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 5. März 1902.

Die Beratung setzt ein mit den Positionen 10: Reis unpoliert 4 Mark und 161: Reis poliert 6 Mark pro Doppelcentner; Anmerkung: Polierter Reis zur Herstellung von Stärke unter Ueberwachung der Verwendung 4 Mark.

Antick: Ich habe vergeblich nach einer Begründung für die Reishöherhebung gesucht. Der Arbeitgeber der Regierung, der Bund der Landwirte, muß doch Gründe für seine Forderung angeben haben; es scheint, sie hat sich dem Bund mit Haut und Haaren verschrieben. Die arbeitenden Klassen werden in ihrer Ernährung durch die Befastung aller Lebensmittel unendlich beschränkt, sie sind den Auswanderungsgehilfen der Junker völlig preisgegeben. (Unruhe und Rufe bei den Agrariern.) Ja, Sie haben den Vorteil davon! (Unruhe.) Der Vorsitzende erucht den Redner, bei der Sache zu bleiben. Antick: Dann schüzen Sie mich erst vor den Unterbrechungen. Die Einnahme aus diesem Zoll ist so gering im Verhältnis zu unserem großen Etat, daß die Zollserhöhung unbegreiflich ist. Die Reiskümmeln haben jetzt schon Vorteile durch die Zollvergrößerungen, für sie ist die Zollserhöhung nur neuer Gewinn. Einer Handvoll Kapitalisten zuliebe werden die ärmeren Klassen mit drei Millionen Mark mehr belastet. Solche Geschenke sind nicht zu verantworten; wir würden geradezu als Verräter an den Arbeiterinteressen handeln, wenn wir nicht gegen diese Ausbeutungspolitik Front machen. Auch die Landwirtschaft hat Nachteile, wenn durch den Zoll das Futtermittel Reis mehr verteuert wird. Die Veranschlagung dieses Futtermittels, über die heute schon getagt wird, wird ja geradezu gefordert. Wir stimmen gegen den Zoll, bitte, nehmen Sie unseren Antrag an.

Gotthein: Die Regierung erklärte früher, daß Regulative solle für diese Position entsprechend dem Reiskümmelverfahren geändert werden. Das müßte geschehen, wenn der Zoll erhöht würde. Aber ich sehe keine Notwendigkeit, den Zoll zu erhöhen. Der inbische Reis kommt nicht so sehr in Betracht, seine Konkurrenz ist nicht in Wachsen. Die Einfuhr von geschältem Reis war im Jahre 1898 höher, als in der Gegenwart. Man sollte dem Reis-Ring kein Extragebiet machen. Im Interesse einer gesunden Preisbildung muß es beim alten Sach verbleiben.

Regierungsrat Bau: Unsere Reiskümmeln würden geschädigt, wenn nicht ein Schutz geschaffen würde; deshalb war auch die Differenzierung in poliertem und unpoliertem Reis nötig. Die Mehrbelastung pro Kopf und Jahr durch die Zollserhöhung beträgt höchstens 3 Pfg.

Müller-Fulba, Gabel und Heim beantragen, die Position 161 auf 4 Mk. herabzusetzen und die Anmerkung zu streichen.

Unterstaatssekretär v. Fischer erucht, die Regierungsvorlage anzunehmen.

v. Kardorff erklärt sich für dieselbe.

Der Vorsitzende macht bekannt, daß ein Schlußantrag eingebracht sei und will denselben zur Abstimmung bringen.

Die Linke protestiert gegen diese Geschäftsleitung, da der Vorsitzende dem Abg. Stadthagen das Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilt. Im Tumult läßt der Vorsitzende die Abstimmung vorzunehmen; der Schlußantrag wird angenommen.

Dann begründet Stadthagen seinen Protest und verlangt, daß derselbe zu Protokoll gegeben werde.

Der Vorsitzende erklärt, er halte sich berechtigt zu seinem Vorgehen; er habe mit dem Präsidenten Graf v. Ballestrem geredet; dieser habe sein Vorgehen bezüglich der Schlußanträge für richtig erklärt. Die Geschäftsordnung des Hauses sei nicht durchaus für die Kommissionen maßgeblich.

Antick erklärt, der Vorsitzende habe wieder gegen § 44 der Geschäftsordnung verstoßen.

Heim und Baasche stellen den Antrag, die Frage der Handhabung der Geschäftsordnung dem Plenum zu unterbreiten.

Müller-Meinungen ist wohl für die Erörterung im Plenum, vermahnt aber die Minorität gegen den Vorwurf der Hingehung der Verhandlungen. Unserer Ansicht nach ist nicht geschäftsordnungsmäßig gehandelt worden, als dem Abg. Stadthagen das Wort nicht zur Geschäftsordnung erteilt wurde.

v. Wangenheim protestiert gegen die Aufnahme des Protestes Stadthagens in das Protokoll.

Stadthagen konstatiert, daß er das Wort zur Geschäftsordnung verlangt habe, ehe der Vorsitzende in die Abstimmung über den Schlußantrag einging. Ich bin ganz einverstanden, wenn Sie die Sache ans Plenum bringen. Ich will nicht noch der Beschluß der Kommission, daß die Geschäftsordnung des Hauses auf die Verhandlungen der Kommission Anwendung finden solle; dann darf man nicht dagegen handeln. Die Rederechtigkeit darf nicht in

der verewaltigenden Weise angegriffen werden, denn sie ist überhaupt die Grundlage des Parlamentarismus.

v. Kardorff erklärt, der Präsident habe ihm gesagt, der Vorsitzende solle erst über einen Schlußantrag abstimmen lassen, ehe er einen Redner zur Geschäftsordnung das Wort erteile, denn sonst könnte ja die Abstimmung über den Schlußantrag durch Geschäftsordnungsreden hingezogen resp. unnötig gemacht werden. Heim ist für Befragung des Plenums.

Müller-Sagan protestiert gegen den Vorwurf Baasches, daß die Minderheit durch Geschäftsordnungsdebatten die Verhandlungen hingleiten wolle. Redner ist der Meinung, Schlußanträge seien zulässig, aber der Vorsitzende habe bezüglich Stadthagens nicht geschäftsordnungsmäßig gehandelt.

Herold ist der Meinung v. Kardorffs.

Beumer verteidigt Baasches Ausspruch; Stolle wendet sich ebenfalls gegen Baasche und erklärt dann, der Vorsitzende habe gegen die Geschäftsordnung gehandelt.

Mollenbuhr wendet sich gegen die Ausführungen Herolds. Wenn einem Mitgliede des Hauses oder der Kommission das Wort vor der Abstimmung nicht erteilt werden soll, dann wäre es unmöglich, bezüglich eines Schlußantrages namentliche Abstimmung zu beantragen.

Der Vorsitzende fragt, wie nach dem Antrage Müller-Fulba u. die Frage an das Plenum gebracht werden soll.

Die Kommission wird sich schlüssig, daß durch den Vorsitzenden dem Senatorenkonvent die Frage zur weiteren Behandlung unterbreitet wird, und zwar sollen folgende Punkte der Erörterung unterliegen: 1. ob Schlußanträge zulässig sind; 2. ob einem Redner vor der Abstimmung über einen Schlußantrag das Wort zur Geschäftsordnung erteilt werden muß; 3. ob Antragsteller zur Begründung ihrer Anträge das Wort erteilt werden muß.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Position 10 nach der Regierungsvorlage angenommen; Position 161 wird mit 12 gegen 11 Stimmen von 6 Mk. auf 4 Mk. herabgesetzt; die Anmerkung wird mit Mehrheitsbeschluß gestrichen.

Zu Position 15: Leinfaat, Hanfsaat, 0.75 Mk. pro Doppelcentner liegt der Antrag Antick und Genossen vor, dieses Saatgut zollfrei zu lassen. Gotthein beantragt daselbst; v. Wangenheim beantragt, den Zollfuß der Regierungsvorlage auf 2 Mk. zu erhöhen.

Wagen (Centr.) erstattet Bericht über die dazu vorliegenden Petitionen.

Antick begründet den sozialdemokratisch gestellten Antrag in längerer Rede. Da Redner auf die Leinölproduktion eingeht, empfiehlt der Vorsitzende mit der Position 15 die Position 164, (Weite, Dele), in der Diskussion zu verbinden. Die Kommission genehmigt den Vorschlag. Redner betont, daß die in Betracht kommende Industrie, aber vorwiegend die Leinöl konsumierende Arbeiterklasse den Schaden von der Zollserhöhung habe.

Staatssekretär Graf Bosadovsky erklärt gegenüber dem Vorredner: Wir können Schutzzölle nicht entbehren, einmal wegen ihrer Bedeutung für die Industrie, die durch die auswärtige Konkurrenz leiden; das andererseits, um sie als handelspolitische Kompensationsobjekte verwenden zu können. Redner befürwortet die Regierungsvorlage und ersucht, den Antrag Antick und Genossen ebenso, wie den Antrag v. Wangenheim abzulehnen.

Beumer wünscht, berartige Erklärungen der Regierung möchten vor der Diskussion abgegeben werden, dann würden sich lange Auseinandersetzungen erübrigen. Wir stimmen der Regierungsvorlage in Rücksicht auf die Erklärung des Staatssekretärs zu. Die Presse der Opposition behandelt den Zolltarif bereits als feststehend, wie ein Gesetz. Aber die einzelnen Positionen können ja verändert werden.

Ein Schlußantrag, gestellt von Heim (Centr.), wird abgelehnt. Gotthein vermag nicht einzusehen, warum dieses wichtige Handelsobjekt mit Zoll belegt werden soll.

Handelsminister Müller schließt sich den Ausführungen des Staatssekretärs an.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

v. Wangenheim zieht seinen Antrag zurück.

In der Abstimmung wird die Position 15 nach der Regierungsvorlage gegen 8 Stimmen angenommen.

Position 164, Titel Leinöl, wird ebenfalls nach der Regierungsvorlage angenommen.

Der Vorsitzende Rettich erstattet den Bericht über seine Unterredung mit dem Präsidenten Graf Ballestrem, der es abgelehnt habe, die Angelegenheit bezüglich der Geschäftsleitung in der Kommission dem Senatorenkonvent zu unterbreiten oder dem Vorsitzenden im Plenum das Wort zum Vortrag dieser Angelegenheit zu erteilen. Der Präsident würde nur einen schriftlichen Bericht der Kommission über diese Angelegenheit auf die Tagesordnung setzen; der Präsident habe es der Kommission anheimgestellt, sich eventuell eine eigene Geschäftsordnung, in der die bisherigen Gebräuche berücksichtigt würden, zu geben.

Inzwischen haben zwischen den einzelnen Parteien Besprechungen stattgefunden, die eine freie Vereinbarung haben gezeitigt haben, daß von allen Parteien die gestellten drei Fragen (siehe oben) bejaht werden.

Nach eingehender Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abgg. Gamp, Müller-Meinungen, Stadthagen, Herold, Graf Schönerl beteiligen, wird die vereinbarte Fassung acceptiert, die Aufnahme im Protokoll finden soll.

Danach sind Schlußanträge als zulässig zu erachten; jedem Redner aber, der vor der Abstimmung über einen Schlußantrag das Wort zur Geschäftsordnung begehrt, muß das Wort erteilt werden. Antragsteller muß zur Begründung ihrer Anträge ebenfalls das Wort erteilt werden.

Der Staatssekretär Graf Bosadovsky giebt darauf eine längere Erklärung über die prinzipielle und handelspolitische Bedeutung des Zolltarifs. Daraufhin wird der Wunsch ausgesprochen, über diese Erklärung eine Generaldiskussion zu eröffnen. Das wird abgelehnt. Aber es entspringt sich über diese Erklärung eine kurze Debatte, nach welcher beschloffen wird, in der Spezialberatung des Tarifs fortzuführen.

Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

Der Kongress zu Tours.

(:) Tours, 8. März.

Erster Verhandlungstag.

(Schluß der Abends- und Nachsitzung.)

Programmdiskussion.

In Fortsetzung dieser Diskussion spricht Revelin zu Gunsten des Programmwurfs des Generalkomitees. Zunächst kritisiert er Devilles Auffassung von den Minimalforderungen. Diese bedeuten keineswegs nur sofort durchführbare Forderungen, sondern sie bezeichnen die Tendenz unserer Reformthätigkeit, ohne deshalb Abschlagsmaßnahmen, die ihre Durchführung anbahnen, auszuschießen. In Bezug auf Militärausgaben müssen wir uns an die Taktik der deutschen Genossen halten: „Keinen Mann und keinen Groschen!“ Das erfordert die Massenlage des Proletariats. Unsere Militärforderung steht damit in keinem Widerspruch.

Im Entwurf giebt es keine Agrarforderungen, gemäß dem Aponer Beschluß, der die Aufstellung eines Agrarprogramms verlagert hat. Ein solches läßt sich nicht improvisieren. Keine einzige sozialistische Partei besitzt bisher ein zufriedenstellendes Agrarprogramm.

Zur Prinzipienklärung übergehend, verwirft Redner Devilles Antrag, den Sozialismus im Programm an die Revolution von 1789 anzuknüpfen. Diese ist ja der Feind, der Ökonomie, den die



Bourgeoispartei gerade den Sozialisten entgegenhalten. Ihr müßte den Worten der „Menschenrechte“ einen anderen Sinn unterlegen, als die Männer von 1789, die das Privilegium im Auge hatten. Aber auch die Deklaration der Menschenrechte von 1793 ist nicht sozialistisch. Man könnte höchstens vielleicht an Baboens, an die Verewöndung der Menschenrechte denken. Aber die Grundfrage unseres Sozialismus ist doch der Klassenkampf. Ihr wollt Euch auf Grundzüge berufen, die historisch einen unsozialistischen Sinn haben und von den Sozialisten, von Welle angriffen werden. Das Gesetz Chaperet, Verbot der Koalitionen, wurde ja durch die Deklaration der Menschenrechte begründet.

Devilles Kritik betrifft die Stelle des Entwurfs, die von der Klassenhebung handelt, ist nicht zutreffend: im Entwurf ist das Verschwinden des Mittelstandes gerade als Tendenz formuliert.

Renaudels Gegenentwurf scheint im allgemeinen den revolutionärsten Teil der Partei beizubehalten zu wollen. Er ist aber viel furchtbarer als der Entwurf des Generalkomitees gegenüber dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft. Die sozialistische Partei darf nicht die Kleinbürgerlichen Vorurteile schonen, sie soll nur diejenigen Kleinbürger zu gewinnen suchen, die unsere Ideen anerkennen. Die Bauern sind keine eigentliche Klasse. Redner erinnert an Marx' Urteil über die französische Bauernschaft im „18. Brumaire“: Die Bauern haben keine Organisation, keine eigenen Vertreter im Parlament. Die meisten von den Bauern gewählten Deputierten, etwa 150 Mann, sind Großgrundbesitzer, dann kommen noch Metzger. Selten werden von den Bauern Unkrablaten gewählt, noch seltener stimmen sie für Sozialisten. Wollen wir die Bauern gewinnen, dann müßten wir ein Agrarprogramm ausarbeiten, belläufige Einschleibsel in der Prinzipienklärung taugen nichts. Es ist gefährlicher, bei den Bauern ein Mißverständnis über unsere Stellung zu ihnen ankommen zu lassen, als ihren Widerstand gegen unsere Ideen hervorgerufen. Und dann ist es unrichtig, zu sagen, daß die Verewöndung des Mittelstandes nicht bedrohe. Schon die Konsumgenossenschaften, die Wädelereien bedrohen ihn.

Der Gegenentwurf stellt das Ziel vor den Mitteln, das ist sozialistisch. Der Komitee-Entwurf dagegen hält sich an die historische Entwicklungstriebe, ebenso wie das Erfurter Programm.

Wozu einen Teil der Resolution Kautsky über die Ministerfrage in den Programmtext aufnehmen? Die Resolution selbst befaßt ja, daß es sich dabei um die Taktik, nicht um das Prinzip handelt. Ich weiß, die Ministerfrage wird noch für lange Zeit traurige Folgen haben, aber es nützt, von ihr in einer besonderen Resolution oder in einem Manifest zu sprechen. Die Guesblisten und Blanquisten würden übrigens so wie so nicht abhaken, haben sie doch nicht für die Resolution Kautsky, sondern für die Resolution Guesbetsky gestimmt.

Renaudel bemerkt, daß er und Genossen auch mit einer besonderen Resolution über die Ministerfrage, außerhalb des Programms, zufrieden wären, nur aber müßte sie vor Annahme des Programms votiert werden.

Revelin erklärt sich damit einverstanden und fährt fort, indem er die wichtigsten Punkte der Prinzipienklärung des Komitee-entwurfes begründet: die Klassenhebung, den Klassenkampf und den Internationalismus. In Bezug auf den ersten Punkt lehnt sich der Entwurf an das Erfurter und Wiener Programm an. Der Internationalismus ist im Entwurf schärfer ausgedrückt als in jenen beiden Programmen.

Der Generalkomitee soll nicht ins Programm aufgenommen werden. Nahezu die Hälfte sämtlicher französischer Sozialisten ist gegen den Generalkomitee. Unser Programm soll aber ein Einheitsprogramm sein — auch unter dem Gesichtspunkte der Einheit mit den Guesblisten, die gegen den Generalkomitee sind. Und auch die Mehrheit des internationalen Sozialismus hat die Resolution Briand zu Gunsten des Generalkomitees verworfen (Pariser Internationaler Kongreß 1900). Selbst die Anarchisten haben den Generalkomitee nicht ins Programm aufgenommen — offenbar weil es eine noch dunkle Frage ist. Auch der letzte Gewerkschaftskongreß hat keine Klarheit darüber geschaffen. Warten wir also ab, bis die Frage durch die tatsächliche Entwicklung geklärt worden ist. Der Satz des Komitee-Entwurfes über die „festen, methodische und revolutionäre Klassenaktion“ umfaßt übrigens alle Möglichkeiten, auch den Generalkomitee. Zwischen „methodisch“ und „revolutionär“ giebt es keinen Widerspruch; je methodischer die Aktion, desto gescheiter die Revolution, indem eine Vergewaltigung der Kräfte vermieden wird. Man beruft sich gewöhnlich auf Belgien zu Gunsten des Generalkomitees, aber dort waren es eigentlich Streifenbewegungen und kein Streik. Die belgischen Kameraden haben zwar wieder mit dem Generalkomitee, doch ist diese Drohung nicht ausführbar infolge der schwachen Entwicklung der Gewerkschaften in Belgien. Der Generalkomitee ist bei manchen eine mystische Idee, er gilt meistens als das alleinigmächtige Mittel der Revolution, er wurde sogar gegen die Teilstreiks ins Feld geführt. In Wirklichkeit kann man ihn nur als ein Hilfsmittel in einer revolutionären Situation betrachten, ähnlich den „revolutionären Tagen“ während der großen Revolution, die dazu dienen, den König oder die regierende Versammlung zu machen. Und eben das besagt der Satz des Komitee-Entwurfes von den „großen kollektiven Anstrengungen“, der den Generalkomitee nicht ausschließt und alle Mittel umfaßt.

Unser Programm muß sich in der Lage der Gesamtpartei bewegen, es darf nicht unter den Durchschnitt der jetzt geltenden sozialistischen Ideen herabsinken. Sonst wären die Guesblisten und Blanquisten berechtigt, zu sagen, daß Ihr keine wahrhaft sozialistische Partei seid. Es soll ein Programm der Weiterentwicklung sein und dem anderen sozialistischen Lager Richtung einblenden können. Es soll für die französische Sozialdemokratie das sein, was das Erfurter Programm für die deutschen und das Wiener für die österreichischen Genossen ist! (Lebhafte Beifall der Minderheit.)

Briand, Sekretär des Generalkomitees, freut sich über den ruhigen Ton der Diskussion: Das beweist, daß man gekommen ist, um die einigenden, nicht die verneinenden Punkte zu suchen, obwohl jede Meinung scharf ausgesprochen wird. Zwei Strömungen sind zum Ausdruck gekommen: eine evolutionistische mit Deville und eine revolutionäre mit Renaudel. Wir haben ein Programm in einem trübigen Augenblick auszuarbeiten: die Nähe der Wahlen macht die einen aus Rücksicht auf die Wähler zu gemäßigten Ideen geneigt, während die anderen aus Stetigkeit desto revolutionärer auftreten. Deville übertrifft in gemäßigtem Sinne. Nach ihm hat es den Anschein, als ob wir die Bourgeoisgesellschaft ditten müßten, müßten sagen zu wollen, was sie uns gewähren möchte. Reformen sind kein Geschenk, sie werden aufgeschwungen. Der übermäßige Widerstand erzeugt eine Uebertreibung in den Forderungen, und dann kommt etwas Durchschnittliches heraus. Es ist wahr, daß mit dem Worte „Revolution“ Mißbrauch getrieben wurde; daß ferner viele Leute sich die Revolution ohne Gewalt nicht vorstellen können. Die Revolution braucht nicht notwendig gewaltthätig zu sein, aber sie kann es sein infolge der Konterrevolution. Wir sind keine Gewalttäter aus Neigung, wir wollen unsere Ideen ohne Gewalt verwirklichen, aber wir müssen die konterrevolutionäre Gewalt voraussehen, die unsere Gegenaktion hervorruft.

Redner verweist auf die französische Geschichte des letzten Jahrhunderts, sowie auf die Dreyfus-Affäre, in der es zur Anwendung von revolutionärer Gewalt hätte kommen können. Sodann tritt er des längeren für den Generalkomitee ein als die von der Geschichte angelegte wahrheitsgemäße Form der Revolution und tadelt die Taktik der spanischen Sozialisten im letzten Generalkomitee. Es gehe nicht an, mit Revelin eine halbierete Stellung zum Generalkomitee einzunehmen: man müsse offen dafür oder dagegen sein. Redner verweist ferner auf die neueste französische Bergarbeiterbewegung, die durch die Drohung mit dem Generalkomitee das Votum des Abstimmungsabendes durch die Kammer herbeigeführt hätte. Auch das allgemeine Wahlrecht sei nur ein taktisches Mittel, und doch stehe es im Programm — warum also nicht ebenfalls der Generalkomitee? Am Schluß bemerkt Redner: Doch wozu weiter diskutieren? Habt Ihr denn nicht den Generalkomitee bereits auf dem Kongreß vom Dezember 1899 votiert und neuestens wieder im General-

komitee? Ober habt Ihr im Dezember 1899 ihn nur votiert, um den Guesblisten ein Bein zu stellen, um sie mit den Blanquisten, die für den Generalkomitee sind, zu verneinigen? Der Generalkomitee muß ins Programm kommen in der Form, wie er in dem Resolutionsvorschlag auf dem Pariser Internationalen Kongreß formuliert wurde, der auch von Jaurès und Allemane unterschrieben wurde. (Beifall.)

Hervé, der neulich vom „Min“ erium wegen seiner antimilitaristischen Artikel gemahregelte Gymnasiallehrer, verlangt die Abschwächung oder doch die Erklärung des Ausdrucks „Klassenkampf“. Dieses Wort sage ihm nichts recht, es entspreche keiner Realität. Er könne nicht alle Bourgeoispartei in einen Topf werfen. Das Maximalprogramm der Unkrablaten sei dasselbe, wie unser Minimalprogramm. Ferner verlangt er eine klare Definition des Internationalismus. Im Falle eines ungerechten Angriffs auf Frankreich würden die Sozialisten mitkämpfen, aber ihre Stellung zum Vaterland müsse scharf geschieden sein von der demokratischen Patriotik, denen das Vaterland eine Art Religion sei. Die gegenwärtigen Vaterländer seien und Stiefväter, die dreifarbigte Fahne sei ein Stück Luth, das in den europäischen Hauptstädten, in Algerien u. s. f. beschmutzt wurde. Wir müßten formell auf die Revanche verzichten, sowie auf jeden Kolonialkrieg.

Jaurès stimmt mit Deville überein, daß das Programm an die Revolution von 1789 anzuknüpfen habe. Trotz der bourgeoisen Interpretation der Deklaration der Menschenrechte wohnt dieser letzteren ein solcher latenter sozialistischer Sinn inne, daß das Proletariat, in dem Maße wie es in der Revolution wächst, aus der Deklaration kommunistische Folgerungen zieht. So stellt das Proletariat, als die Nahrungsfrage aufsteht, das Eigentumsrecht auf das Leben voran. Baboens' Ideen sind direkt aus der Revolution von 1789 hervorgegangen. Die erste Expropriation, die wir zu vollziehen haben, besteht darin, der Bourgeoisie den Eigentumsanspruch auf die große Revolution zu entreißen. Der Sozialismus ist die Anwendung der demokratischen Prinzipien. Die Demokratie ist der Kommunismus in der Politik, dem die ökonomische Oligarchie widerspricht. Wir sind die Vorkämpfer der Demokratie. Auch das soll im Programm gesagt sein, das wird uns neue Kraft geben. Ich will keineswegs den Sozialismus auf eine politische Debatte zusammenschrampen lassen. Ich unterschätze nicht die Bedeutung der ökonomischen Entwicklung und der des Proletariats schon seit Louis Philippe. Aber das allein genügt nicht.

Der Entwurf des Generalkomitees rechnet nicht genug mit der neuesten Entwicklung. Revelin beruft sich immer auf das Erfurter Programm. Hat aber nicht Bebel die Revision dieses Programms angefordert? Sollen wir 1902 das deutsche Programm von 1891 abschreiben? Der Entwurf ist von einem sozialen Optimismus durchdrungen, er spricht vom „Wachstum des sozialen Gutes, der Unsicherheit, des Druckes und der Ausbeutung“. Nun weiß ich wohl, wie viel Gutes es heute giebt, Optimismus wäre ein Verbrechen. Aber die Dinge sollen in ihrer Bewegung dargestellt werden. Die Lage des Proletariats ist in Hebung begriffen, seine Verteidigungsmittel vermehren sich: Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterzugesgehung. Wie aber auf dem Wiener Parteitag sagte, würden die Arbeiter selbst protestieren, wenn sie vom „wachsenden Gutes“ hörten. Wir brauchen nicht, wie das Vafar guc tñnt, den Feudalismus zu rehabilitieren, um den Kapitalismus anzuflagen zu können. Die Arbeiter sollen nicht entmutigt werden. Und beruht denn der Sozialismus nur auf dem verzweifeltsten Gutes? Er ist fest begründet auch dann, wenn die Lage des Proletariats sich mißsam hebt, wenn es etwas weniger darbt als früher. Die Verewöndung des Sozialismus hängt von den methodischen Anstrengungen ab. Nach Marx ist die Verewöndung die notwendige Vorbedingung der Revolution. Er sagt, daß der Kapitalismus im Gegensatz zum Feudalismus seine Arbeiter nicht ernähre. Das ist nicht wahr. Die Katastrophentheorie ist unrichtig.

Wie wird der Sozialismus siegen? Man hat von zwei Methoden gesprochen: von der Reform und der Revolution. Es ist aber unbillig, sich auf eine dieser Methoden zu versteifen. Es kann sein, daß die Reformen sich nach und nach zu einer gründlichen Umgestaltung auszuwickeln werden; es ist aber auch eine frugaweilige Wendung möglich infolge des Widerstandes der Reaktion. Ob es zur Gewalt kommt, kann man nicht bestimmt wissen. Die Geschichte lehrt, daß der Feudalismus in den einzelnen Ländern bald gewaltam, bald friedlich und allmählich abgeschafft wurde. Ebenso ist das allgemeine Wahlrecht auf revolutionärem und friedlichem Wege erobert worden. Bis hin also bereit, zu erklären, daß wir nicht das Recht haben, die revolutionäre Hypothese auszuschließen. Aber woher die Prophezeie Renaudels, der selbstsicher proklamiert, daß nur die Revolution den Sozialismus zum Siege bringen werde?

Im Gegensatz zu Deville glaube ich, daß die Revolution sehr klar definiert werden kann. Lacour meinte, die Revolution bedeuete weiter nichts als die Verewöndung der Gesellschaft; das ist aber nur Kollektivismus und man kann auch legalistischer Kollektivist sein. In diesem Sinne sind wir ja alle revolutionär. Aber das genügt nicht, wir sollen revolutionäre sein auch in dem Sinne, daß wir den Kapitalismus nicht mehr als ein Rechtssystem anerkennen, sondern bloß als einen Gewaltzustand. Wenn also historische Erschütterungen eintreten, irgend ein glücklicher Zufall, dann darf das Proletariat den gesetzlichen Boden verlassen, ohne sich von Legalitätsstrapseln abhalten zu lassen. (Beifall.) Aber es ist nicht zu vergessen, daß mit dem Worte Revolution Mißbrauch getrieben wurde. Man hat mit dem Worte um sich geworfen, ohne die Sache ernst zu nehmen. Das ist Heuchelei, und die Heuchelei ist nicht revolutionär. (Lebhafte Beifall.) Dann führt die revolutionäre Phrase zur Anwendung von der methodischen Arbeit. Seit 30 Jahren spricht man von der Revolution für die Kommune, ohne etwas dafür gethan zu haben. Seit 100 Jahren ist in England die Gewalt nicht zur Anwendung gekommen. In Deutschland ist das allgemeine Wahlrecht ohne Gewalt von der Regierung gegeben worden. Die revolutionäre Phrase lenkt die Arbeiter von dem Gebrauch der ihnen zur Verfügung stehenden Kampfmittel ab. Wir haben das gesetzliche Recht der gewerkschaftlichen Organisation, aber nur 1/10 der Arbeiter sind organisiert. Die Konsumvereine umfassen bisher eine nur unbedeutende Zahl von Arbeitern, und es giebt fast keine Produktivgenossenschaften. Die Idee des Generalkomitees ist zu nichts geworden, weil sie mit der Revolution gleichbedeutend wurde. Und doch ist der Generalkomitee ein sich legal und er könnte für bestimmte Forderungen sehr wirksam sein. So aber hat man durch die Generalkomitee-Idee die Energie des Proletariats in der Richtung eines eingebildeten Falles von Gewaltaktion abgelenkt. Die revolutionären Deklamationen sind eine Bürgschaft für die Kapitalisten.

Alle großen historischen Umgestaltungen sind von der Majorität durchgeführt worden. Die Rolle der aktiven Minderheit besteht nur darin, die Mehrheit hinzuweisen im Namen der Interessen dieser selben Mehrheit. Man soll nicht zu der Mehrheit von der Kraft der Minderheit sprechen, sondern der Mehrheit die Ueberzeugung der Minderheit mitteilen, um sie in die Bewegung hineinzuweisen! Das ist freilich schwieriger, als einige leere Worte über die Revolution zu sagen! (Lebhafte Beifall.)

Zum Minimalprogramm übergehend, bemerkt Jaurès, daß Deville hierüber das meiste bereits gesagt habe: Die Abschaffung der Staatschuld würde die kleinen Rentner ruinieren, während doch in Renaudels Gegenentwurf die Kleinbürger geschont werden. — Es besteht allerdings ein Widerspruch zwischen der Verewöndung des Arzgebührges und der Mithgenforderung, aber er ist nicht in der Weise zu beseitigen, wie Deville vorgeschlagen hat: wenn die Sozialisten nach Deville für jede durch die Landesverteidigung gerechtfertigte Forderung stimmen müßten, so müßten sie das ganze Kriegs- und Marinebudget votieren. Aber es ist im Programm zu sagen, daß die Partei leidenschaftlich den Boden des Vaterlandes verteidigen will und eben darum fordert sie die Volksmilitär, die wie Pallant neulich in der Kammer sagte, das beste Verteidigungsmittel ist. Die Sozialisten können also erklären, daß sie

unter dem Militärsystem für die Militärausgaben votieren würden. — Redner hat nichts gegen die Ausnahme des Generalkomitees ins Programm, wenn dieser nur einen friedlichen und gesetzlichen Charakter trägt. Der Generalkomitee ist keineswegs notwendig mit Gewalt verknüpft. Auch die Teilstreiks waren ursprünglich gewaltlos. Aber England hat gezeigt, daß der Streik desto wirksamer ist, je besser er vorbereitet ist, je friedlicher er verläuft. Spanien mit seinen gewaltthätigen Generalkomitees beweist nichts; es ist kein demokratisches Land. Das allgemeine Wahlrecht ist dort die allgemeine Gaueret. Ja, in den letzten 50 Jahren sind in den Demokratien keine Straßenkämpfe vorgekommen, wohl aber in Südamerika und Spanien als Begleiterscheinung eines verfallenden Regimes. Redner kritisiert die Auffassung vom Generalkomitee als dem Stundenschlagen der Revolution, dem Ueberrückmechanismus derselben. Selbst ein in diesem Sinne steigender Generalkomitee wäre keineswegs die soziale Revolution. Hätte die Kommune von 1871 geltegt, so würde es um 80 Jahre früher ein Ministerium Waldeck-Roussieu gegeben haben. (Beifall.) In Spanien würde der siegreiche Generalkomitee weiter nichts als eine Republik herbeiführen, die stets von einem militärischen Staatsstreik bedroht wäre. Sonst kann der Erfolg des Generalkomitees, wenn er bestimmten Einzelforderungen gilt, verschieden sein je nach den Umständen. In Belgien hat er 1893 einen halben Erfolg gebracht, das allgemeine Wahlrecht mit dem Pluralvotum, die neueste Bewegung der französischen Bergarbeiter hat das Achtstundengesetz erzielt, freilich befristet durch das gegenwärtige Ministerium.

Mit Revelin spricht sich Redner aus gegen die Einfügung der Kautsky'schen Resolution über die Ministerfrage ins Programm: Nach einigen Monaten kann es ja in Belgien zur Ministerfrage kommen. Falls die Kautsky in den Kammerwahlen der Koalition der Sozialisten und Liberalen unterlegen, würden denn die ersten die ganze Regierung den Liberalen überlassen?

Benormand ruft: Aber dann würde die belgische Partei über die Teilnahme von Sozialisten an der Regierung entscheiden!

Jaurès: Stimmt! Seit drei Jahren höre ich nicht auf, zu sagen, daß das individuelle Experiment Mitterands sich nicht wiederholen darf, daß ein Sozialist nur auf Grund eines Parteibeschlusses ins Ministerium eintreten darf. Doch zurück zu Belgien! Ohne die sozialistischen Stimmen könnten die Liberalen keinen einzigen Tag am Ruder bleiben. Die Lage wäre also die, daß die Sozialisten im geheimen thatsächlich mitregieren würden, ohne die Verantwortung dafür zu tragen. Wie nun, wenn die Liberalen darauf nicht eingehen und im Falle der Belagerung der sozialistischen Partei, an der Regierung teilzunehmen, die Regierung nicht allein übernehmen wollen? Dann würden, trotz aller Kämpfe, ja wohl die Kautsky'schen wieder zur Macht zurückkehren! (Lebhafte Beifall.) Ich beanspruche nur das Recht, meine bessere Ueberzeugung befreit der Ministerfrage zu propagieren, aber auch die beste Methode ist absichtlich, wenn sie gegen den Willen der Partei geht. Es wäre daher ein schwerer Fehler, wenn ein Sozialist Mitterands Handlung wiederholen wollte. Aber man soll der Partei nicht den Weg verstopfen — das ist alles, was ich verlange. (Lebhafte Beifall.)

Die Generalkomitee-Kommission ist geschlossen. Man schreibt zur Wahl einer Kommission aus 15 Mitgliedern, die die Programm-entwürfe zu prüfen hat. In die Kommission werden Vertreter der beiden Richtungen oder vielmehr Schwattierungen gewählt.

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr nach Mitternacht.

Tours, 4. März.

(Vorläufiger Bericht.)

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde über den Bericht der Preßkommission und der Kammerfraktion u. a. verhandelt. Dem künftigen Generalkomitee wurde aufgegeben, ein periodisches Parteiorgan anzubahnen, das womöglich wöchentlich erscheinen soll. An eine Tageszeitung ist vorberhand nicht zu denken. Der Fraktionsbericht wurde nur unter Vorbehalt gebilligt. Bestimmte Beschlüsse zur Veränderung von statutarischen Bestimmungen der Deputierten wurden noch nicht gefaßt. Es heißt, daß der Kongreß darauf noch zurückkommen werde.

In der Abend-sitzung verlas Jaurès die neue Prinzipien-erklärung, die von der Kommission einstimmig votiert wurde. Von der Marxistischen Prinzipienklärung des Generalkomitees ist so gut wie nichts beibehalten worden. Die neue Erklärung ist wesentlich von Jaurès verfaßt, sie ist ideologisch und rhetorisch gehalten, eher ein Manifest als ein Programm, dem Umfang nach eine kleine Broschüre. Sie reproduziert alle Leitgedanken der Jaurès'schen Programmdrede. Der Kongreß nahm die neue Erklärung debattelos unter stürmischen Beifall und einstimmig an.

Ueber die Ministerfrage wurde einstimmig beschlossen, daß in Zukunft kein Sozialist ohne Zustimmung der Partei ins Ministerium eintreten darf.

Im Vorwärts veröffentlicht Genosse K. Kautsky diese Erklärung:

In der Programmkommission auf dem Kongreß von Tours hat Gabriel Deville nach dem gestrigen Bericht des Vorwärts den Satz des Programmtextes beanregt, der sagt: „So spaltet sich in allen industriellen Ländern die Gesellschaft immer mehr und mehr in zwei feindliche Klassen: die Bourgeoisie und das Proletariat.“ Das“, erklärte Deville, „ist als Thatfache falsch, wie schon Kautsky in einem Artikel über den Mittelstand geschrieben hat, der nach Kautsky im Wachen begriffen ist.“

Um einer Regenbildung vorzubeugen, sei mir gestattet zu bemerken, daß Deville's Mitteilung „als Thatfache falsch“ ist. Ich habe nie erklärt, daß der Mittelstand in seiner Gesamtheit im Wachen begriffen sei. Ich verachte vielmehr die Anschauung, daß er im ganzen und großen abnimmt. In dem Artikel, auf den Deville sich bezieht (Neue Zeit XIII, 2, S. 16), handle ich von einer besonderen Art von Mittelstand, der sogenannten „Intelligenz“, die allerdings zunimmt. Ich sage da:

„Ein neuer, an Zahl sehr starker und ununterbrochen zunehmender Mittelstand bildet sich auf diese Weise, dessen Wachstum im stunde ist, unter Umständen den Rückgang des gesamten Mittelstandes zu verdecken, der durch den Niedergang des Kleinbetriebes verursacht wird.“

In meiner Schrift gegen Bernstein gehe ich näher auf diese Frage ein. Aus dieser nur noch folgendes Citat:

„Die Intelligenz ist diejenige Bevölkerungsschicht, die am raschesten anwächst. Nach der deutschen Gewerbezählung wuchs im Gewerbe von 1882 bis 1895 die Zahl der Lohnarbeiter um 62,6 Prozent, die der Angestellten dagegen um 118,9 Prozent. Insofern war dieses rasche Anwachsen hoch nicht genügend, den relativen Rückgang des Unternehmertums zu paralysieren, das absolut nur um 1,8 Prozent wuchs. Vom Betriebspersonal waren in

	1882	1895
Unternehmer . . . . .	39,6	28,7
Angestellte . . . . .	2,8	4,4
Lohnarbeiter . . . . .	57,6	66,9

Also selbst wenn wir die Angestellten mit den Unternehmern zusammen als „Beitende“ rechnen wollten, wäre ihr Prozentfuß 1882 bis 1895 von 42,4 auf 33,1 gesunken. (S. 180.)

Diese Zahlen genügen wohl, zu zeigen, daß Deville sich mit Unrecht auf mich beruft. Ich begreife es, daß er und Schiedsgerichten nach Mißschulden für ihr Renegatentum suchen, muß es aber ablehnen, als Kronzeuge ihrer reaktionären Mittelstandspostik zu fungieren.

## Erwerbt das Bürgerrecht!